

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 20/6520, 20/6878 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 über
Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und
zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG
(Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG)**

A. Problem

Die Bundesregierung führt aus, der Gesetzentwurf diene der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1). Diese verpflichte die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zwei Arten von Verbandsklagen vorzusehen: Verbände müssten das Recht haben, im eigenen Namen Unterlassungsklagen, durch die Zuwiderhandlungen gegen Verbraucherrecht beendet werden könnten, und Abhilfeklagen, durch die Verbraucherrechte durchgesetzt werden könnten, zu erheben. Da Abhilfeklagen durch Verbände im deutschen Recht bislang nicht existierten, erfordere die Umsetzung der Richtlinie die Schaffung entsprechender Regelungen. Diese Regelungen für Abhilfeklagen durch Verbände sollen in einem eigenen Stammgesetz – dem Verbraucherrechterdurchsetzungsgesetz (VRUG) – gebündelt werden, in das auch die bestehenden Regelungen der Zivilprozessordnung (ZPO) über die Musterfeststellungsklage integriert werden sollen. Durch Änderungen im Unterlassungsklagengesetz und im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb sowie in weiteren Gesetzen würden die schon bestehenden Regelungen über Unterlassungsklagen durch Verbände an die Vorgaben der Richtlinie angepasst. Zusätzlich sollen ergänzende Regelungen zu Unterlassungsklagen und Abhilfeklagen in anderen Gesetzen geschaffen werden.

B. Lösung

Durch die vom Ausschuss beschlossenen Änderungen soll unter anderem festgelegt werden, dass als kleine Unternehmen, welche Verbraucherinnen und Verbrauchern im Anwendungsbereich des Verbraucherrechterdurchsetzungsgesetzes

prozessual gleichgestellt werden sollen, nunmehr lediglich Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl von weniger als zehn Personen und einem Jahresumsatz oder einer Jahresbilanz von nicht mehr als zwei Millionen Euro gelten (§ 1 Absatz 2 VRUG-E). Nunmehr wird klargestellt, dass die klageberechtigte Stelle für die Zulässigkeit der Klage lediglich nachvollziehbar darlegen muss, dass 50 Verbraucher/-innen betroffen sein können. Ursprünglich war eine Glaubhaftmachung vorgesehen. (§ 4 Absatz 1 VRUG-E). Daneben haben geschädigte Verbraucher/-innen nunmehr ausreichend Zeit, bis drei Wochen nach Schluss der mündlichen Verhandlung, sich zum Klageregister anzumelden (Opt-in).

Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Gesetzentwurf auf Drucksachen 20/6520, 20/6878 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen;
- b) folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher verbessert der deutsche Gesetzgeber die Rechtsdurchsetzung bei massenhaften Verbraucherrechtsverstößen.

Im umfangreichen Gesetzgebungsvorhaben wurde auf Anregung des Bundesrates hin die Möglichkeiten beraten, in die Regelungen zur Verjährungshemmung auch behördliche Anordnungen einzubeziehen, die die Einstellung eines VerstoÙes gegen Verbraucherschutzgesetze zum Gegenstand haben und damit funktional gleichwertig mit Unterlassungsklagen sind. Damit soll einerseits verhindert werden, dass zur Erreichung der Verjährungshemmung ergänzend zu einer behördlichen Anordnung auch noch eine Unterlassungsklage erhoben werden müsste. Andererseits, dass eine behördliche Anordnung die Verjährungshemmung sogar blockiert, weil bei der Unterlassungsklage wegen der bereits im Raum stehenden behördlichen Anordnung die Wiederholungsgefahr und damit die Zulässigkeit der Klage in Frage gestellt würde.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass es einer eingehenden Prüfung bedarf, ob das Einsetzen der Verjährungshemmung ausnahmslos für alle behördlichen Anordnungen, die die Einstellung eines VerstoÙes gegen Verbraucherschutzgesetze zum Gegenstand haben, erforderlich und sinnvoll ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zu prüfen, für welche behördlichen Anordnungen, die die Einstellung eines VerstoÙes gegen Verbraucherschutzgesetze zum Gegenstand haben, das Einsetzen der Verjährungshemmung sinnvoll ist;
2. das Ergebnis dieser Prüfung bis Januar 2024 vorzulegen;
3. darüber hinaus zu beobachten, ob zur Erreichung der Verjährungshemmung in der Praxis ergänzend zu einer behördlichen Anordnung auch noch eine Unterlassungsklage erhoben wird oder ob Fälle auftreten, in denen eine behördliche Anordnung die Verjährungshemmung sogar blockiert hat, weil bei einer Unterlassungsklage wegen der bereits im Raum stehenden behördlichen Anordnung die Wiederholungsgefahr und damit die Zulässigkeit der Klage verneint wurde.“

Berlin, den 5. Juli 2023

Der Rechtsausschuss

Elisabeth Winkelmeier-Becker
Vorsitzende

Luiza Licina-Bode
Berichterstatterin

Dr. Martin Plum
Berichterstatter

Dr. Till Steffen
Berichterstatter

Katrin Helling-Plahr
Berichterstatterin

Tobias Matthias Peterka
Berichterstatter

Clara Bünger
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Zusammenstellung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 über
Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und
zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG
(Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG)
– Drucksachen 20/6520, 20/6878 –
mit den Beschlüssen des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Geszentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG*	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG sowie zur Änderung des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes*
(Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG)	(Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG)
Vom ...	Vom ...
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Inhaltsübersicht	Inhaltsübersicht
Artikel 1 Gesetz zur gebündelten Durchsetzung von Verbraucherrechten (Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz – VDuG)	Artikel 1 un verändert
Artikel 2 Änderung der Musterfeststellungs-klagenregister-Verordnung	Artikel 2 un verändert
Artikel 3 Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes	Artikel 3 un verändert
Artikel 4 Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung	Artikel 4 un verändert
Artikel 5 Änderung der Zivilprozessordnung	Artikel 5 un verändert
Artikel 6 Weitere Änderung der Zivilprozessordnung	Artikel 6 un verändert
	Artikel 7 Änderung des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes
Artikel 7 Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs	Artikel 8 un verändert

* Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1).

Geszentwurf der Bundesregierung		Beschlüsse des Rechtsausschusses	
<i>Artikel 8</i>	Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche	Artikel 9	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 9</i>	Änderung des Unterlassungsklagengesetzes	Artikel 10	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 10</i>	Änderung der Verordnung zu qualifizierten Einrichtungen und qualifizierten Wirtschaftsverbänden	Artikel 11	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 11</i>	Änderung des Unternehmensbasisdatenregistergesetzes	Artikel 12	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 12</i>	Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb	Artikel 13	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 13</i>	Änderung des Markengesetzes	Artikel 14	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 14</i>	Änderung des Luftverkehrsgesetzes	Artikel 15	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 15</i>	Änderung des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes	Artikel 16	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 16</i>	Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes	Artikel 17	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 17</i>	Änderung des Sozialgerichtsgesetzes	Artikel 18	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 18</i>	Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung	Artikel 19	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 19</i>	Änderung der Finanzgerichtsordnung	Artikel 20	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 20</i>	Änderung des EU-Verbraucherschutzdurchführungsgesetzes	Artikel 21	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 21</i>	Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	Artikel 22	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 22</i>	Änderung des Buchpreisbindungsgesetzes	Artikel 23	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 23</i>	Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes	Artikel 24	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 24</i>	Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes	Artikel 25	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 25</i>	Änderung des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes	Artikel 26	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 26</i>	Änderung der Finanzschlichtungsstellenverordnung	Artikel 27	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 27</i>	Änderung des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes	Artikel 28	u n v e r ä n d e r t
<i>Artikel 28</i>	Änderung des Gerichtskostengesetzes	Artikel 29	u n v e r ä n d e r t

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Geszentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<i>Artikel 29</i> Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes	Artikel 30 un verändert
<i>Artikel 30</i> Inkrafttreten	Artikel 31 un verändert
Artikel 1	Artikel 1
Gesetz zur gebündelten Durchsetzung von Verbraucherrechten	Gesetz zur gebündelten Durchsetzung von Verbraucherrechten
(Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz – VDuG)	(Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz – VDuG)
Inhaltsübersicht	Inhaltsübersicht
Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften	Abschnitt 1 un verändert
§ 1 Verbandsklagen	§ 1 un verändert
§ 2 Klageberechtigte Stellen	§ 2 un verändert
§ 3 Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung	§ 3 un verändert
§ 4 Verbraucherquorum; Finanzierung	§ 4 un verändert
§ 5 Klageschrift	§ 5 un verändert
§ 6 Offenlegung von Beweismitteln; Androhung und Festsetzung von Ordnungsgeld	§ 6 un verändert
§ 7 Streitgenossenschaft	§ 7 un verändert
§ 8 Sperrwirkung der Verbandsklage	§ 8 un verändert
§ 9 Gerichtlicher Vergleich	§ 9 un verändert
§ 10 Austritt aus dem Vergleich	§ 10 un verändert
§ 11 Sperrwirkung der Anmeldung; Bindungswirkung	§ 11 un verändert
§ 12 Informationspflichten	§ 12 un verändert
§ 13 Anwendung der Zivilprozessordnung	§ 13 un verändert
Abschnitt 2 Abhilfeklagen	Abschnitt 2 un verändert
Unterabschnitt 1 Besondere Voraussetzungen	Unterabschnitt 1 un verändert
§ 14 Abhilfeklage	§ 14 un verändert

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung		Beschlüsse des Rechtsausschusses	
§ 15	Gleichartigkeit der Verbraucheransprüche; Klageschrift	§ 15	unverändert
Unterabschnitt 2 Abhilfeentscheidung		Unterabschnitt 2 unverändert	
§ 16	Urteil und Abhilfegrundurteil	§ 16	unverändert
§ 17	Vergleichsvorschlag; Fortsetzung des Abhilfeverfahrens	§ 17	unverändert
§ 18	Abhilfeendurteil	§ 18	unverändert
§ 19	Kollektiver Gesamtbetrag	§ 19	unverändert
§ 20	Kosten des Umsetzungsverfahrens	§ 20	unverändert
§ 21	Erhöhung des kollektiven Gesamtbetrags	§ 21	unverändert
Unterabschnitt 3 Umsetzungsverfahren		Unterabschnitt 3 unverändert	
§ 22	Zuständigkeit; Entscheidungen im Umsetzungsverfahren	§ 22	unverändert
§ 23	Bestellung des Sachwalters	§ 23	unverändert
§ 24	Eröffnungsbeschluss	§ 24	unverändert
§ 25	Umsetzungsfonds	§ 25	unverändert
§ 26	Teilnahme am Umsetzungsverfahren	§ 26	unverändert
§ 27	Aufgaben des Sachwalters	§ 27	unverändert
§ 28	Widerspruchsverfahren	§ 28	unverändert
§ 29	Zwangsmittel gegen den Unternehmer	§ 29	unverändert
§ 30	Gerichtliche Aufsicht; Zwangsmittel gegen den Sachwalter	§ 30	unverändert
§ 31	Haftung des Sachwalters	§ 31	unverändert
§ 32	Ansprüche des Sachwalters	§ 32	unverändert
§ 33	Schlussrechnung	§ 33	unverändert
§ 34	Schlussbericht	§ 34	unverändert
§ 35	Prüfung des Schlussberichts und der Schlussrechnung	§ 35	unverändert
§ 36	Feststellung der Beendigung des Umsetzungsverfahrens	§ 36	unverändert
§ 37	Nicht abgerufene Beträge	§ 37	unverändert
§ 38	Insolvenzverfahren über das Vermögen des Unternehmers; Restrukturierung	§ 38	unverändert

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
Unterabschnitt 4 Individualklagen	Unterabschnitt 4 unverändert
§ 39 Offene Verbraucheransprüche	§ 39 unverändert
§ 40 Herausgabeanspruch des Unternehmers	§ 40 unverändert
Abschnitt 3 Musterfeststellungsklagen	Abschnitt 3 unverändert
§ 41 Musterfeststellungsklage	§ 41 unverändert
§ 42 Revision	§ 42 unverändert
Abschnitt 4 Verbandsklageregister	Abschnitt 4 unverändert
§ 43 Verbandsklageregister	§ 43 unverändert
§ 44 Bekanntmachung von Angaben zu Verbandsklagen	§ 44 unverändert
§ 45 Veranlassung der Bekanntmachung durch das Gericht	§ 45 unverändert
§ 46 Anmeldung von Ansprüchen; Rücknahme der Anmeldung	§ 46 unverändert
§ 47 Formvorschriften	§ 47 unverändert
§ 48 Einsichtnahme und Auskunft	§ 48 unverändert
§ 49 Verordnungsermächtigung	§ 49 unverändert
	Abschnitt 5 Schlussvorschriften
	§ 50 Evaluierung

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Allgemeine Vorschriften	Allgemeine Vorschriften
§ 1	§ 1
Verbandsklagen	Verbandsklagen
(1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Ansprüche und Rechtsverhältnisse einer Vielzahl von Verbrauchern gegen einen Unternehmer betreffen, können klageberechtigte Stellen folgende Verbandsklagen gegen Unternehmer erheben:	(1) u n v e r ä n d e r t
1. Abhilfeklagen und	
2. Musterfeststellungsklagen.	
(2) Kleine Unternehmen gelten als Verbraucher im Sinne dieses Gesetzes. Kleine Unternehmen sind solche, die weniger als 50 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz oder Jahresbilanz 10 Millionen Euro nicht übersteigt.	(2) Kleine Unternehmen gelten als Verbraucher im Sinne dieses Gesetzes. Kleine Unternehmen sind solche, die weniger als 10 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz oder Jahresbilanz 2 Millionen Euro nicht übersteigt.
§ 2	§ 2
Klageberechtigte Stellen	u n v e r ä n d e r t
(1) Klageberechtigte Stellen für Verbandsklagen sind	
1. qualifizierte Verbraucherverbände, die	
a) in der Liste nach § 4 des Unterlassungsklagengesetzes eingetragen sind und	
b) nicht mehr als 5 Prozent ihrer finanziellen Mittel durch Zuwendungen von Unternehmen beziehen, sowie	
2. qualifizierte Einrichtungen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in dem Verzeichnis der Europäischen Kommission nach Artikel 5 Absatz 1 Satz 4 der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1) eingetragen sind.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
(2) Bestehen ernsthafte Zweifel daran, dass die Voraussetzung nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b vorliegt, so verlangt das Gericht vom Kläger die Offenlegung seiner finanziellen Mittel.	
(3) Es wird unwiderleglich vermutet, dass Verbraucherzentralen und andere Verbraucherverbände, die überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, die Voraussetzung des Absatzes 1 Nummer 1 Buchstabe b erfüllen.	
§ 3	§ 3
Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Für Verbandsklagen ist dasjenige Oberlandesgericht sachlich und örtlich ausschließlich zuständig, in dessen Bezirk sich der allgemeine Gerichtsstand des Unternehmers, gegen den sich die Verbandsklage richtet, befindet.	
(2) Regelungen in Rechtsakten der Europäischen Union bleiben unberührt. Regelungen in völkerrechtlichen Vereinbarungen, soweit sie unmittelbar anwendbares innerstaatliches Recht sind, gehen den Vorschriften dieses Gesetzes vor.	
(3) Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung einem Oberlandesgericht die Entscheidung und Verhandlung für die Bezirke mehrerer Oberlandesgerichte oder dem Obersten Landesgericht zuweisen, sofern	
1. in dem Land mehrere Oberlandesgerichte errichtet sind und	
2. die Zuweisung für das Verbandsklageverfahren förderlich ist.	
Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf ihre Landesjustizverwaltung übertragen.	
§ 4	§ 4
Verbraucherquorum; Finanzierung	Verbraucherquorum; Finanzierung
(1) Eine Verbandsklage ist nur zulässig, wenn die klageberechtigte Stelle <i>glaubhaft macht</i> , dass	(1) Eine Verbandsklage ist nur zulässig, wenn die klageberechtigte Stelle nachvollziehbar darlegt , dass
1. von der Abhilfeklage Ansprüche von mindestens 50 Verbrauchern betroffen <i>sind</i> oder	1. von der Abhilfeklage Ansprüche von mindestens 50 Verbrauchern betroffen sein können oder

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
2. von den Feststellungszielen der Musterfeststellungsklage die Ansprüche oder Rechtsverhältnisse von mindestens 50 Verbrauchern abhängen.	2. von den Feststellungszielen der Musterfeststellungsklage die Ansprüche oder Rechtsverhältnisse von mindestens 50 Verbrauchern abhängen können .
	Im Fall des § 7 Absatz 1 ist die Gesamtzahl der von der gemeinschaftlichen Klage betroffenen Verbraucher maßgeblich.
(2) Eine Verbandsklage ist unzulässig, wenn sie von einem Dritten finanziert wird,	(2) Eine Verbandsklage ist unzulässig, wenn sie von einem Dritten finanziert wird,
1. der ein Wettbewerber des verklagten Unternehmers ist,	1. u n v e r ä n d e r t
2. der vom verklagten Unternehmer abhängig ist <i>oder</i>	2. der vom verklagten Unternehmer abhängig ist,
	3. dem ein wirtschaftlicher Anteil an der vom verklagten Unternehmer zu erbringenden Leistung von mehr als 10 Prozent versprochen ist oder
3. von dem zu erwarten ist, dass er die Prozessführung der klageberechtigten Stelle, einschließlich Entscheidungen über Vergleiche, zu Lasten der Verbraucher beeinflussen wird.	4. u n v e r ä n d e r t
<i>(3) Ergeben sich wegen der Finanzierung einer Verbandsklage durch einen Dritten ernsthafte Zweifel an der Zulässigkeit der Verbandsklage, so kann das Gericht von der klageberechtigten Stelle verlangen, dass sie Folgendes offenlegt:</i>	(3) Mit Klageeinreichung hat die klageberechtigte Stelle dem Gericht die Herkunft der Mittel, mit denen die Klage finanziert wird, offenzulegen. Wird die Klage durch einen Dritten finanziert, sind darüber hinaus die mit dem finanzierenden Dritten getroffenen Vereinbarungen offenzulegen. Dies gilt auch in den Fällen, in denen die Finanzierung der Klage erst nach Klageeinreichung erfolgt.
1. <i>die Herkunft der Mittel, mit denen die Klage finanziert wird, und</i>	entfällt
2. <i>eine mit finanzierenden Dritten getroffene Vereinbarung.</i>	entfällt
§ 5	§ 5
Klageschrift	Klageschrift
(1) Die Klageschrift, mit der eine Verbandsklage erhoben wird, muss Folgendes enthalten:	(1) Die Klageschrift, mit der eine Verbandsklage erhoben wird, muss Folgendes enthalten:
1. die Angabe und den Nachweis, dass der Kläger eine klageberechtigte Stelle ist,	1. u n v e r ä n d e r t

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
2. die <i>Glaubhaftmachung</i> , dass	2. die nachvollziehbare Darlegung , dass
a) von der Abhilfeklage Ansprüche von mindestens 50 Verbrauchern betroffen <i>sind</i> oder	a) von der Abhilfeklage Ansprüche von mindestens 50 Verbrauchern betroffen sein können oder
b) von den Feststellungszielen der Musterfeststellungsklage die Ansprüche oder Rechtsverhältnisse von mindestens 50 Verbrauchern abhängen,	b) von den Feststellungszielen der Musterfeststellungsklage die Ansprüche oder Rechtsverhältnisse von mindestens 50 Verbrauchern abhängen können ,
3. die Angabe, inwieweit sich unter den von der Verbandsklage betroffenen Verbrauchern kleine Unternehmen im Sinne des § 1 Absatz 2 befinden,	entfällt
4. die Angabe des Werts des Streitgegenstands und	3. un verändert
5. die Angabe, ob ein Dritter die Verbandsklage finanziert, sowie gegebenenfalls den Namen des Dritten.	4. un verändert
(2) Die Klageschrift soll für den Zweck der Bekanntmachung im Verbandsklageregister eine kurze Darstellung des Lebenssachverhalts enthalten, aus dem die geltend gemachten Ansprüche von Verbrauchern hergeleitet werden.	(2) un verändert
(3) Im Übrigen ist § 253 der Zivilprozessordnung entsprechend anzuwenden.	(3) un verändert
§ 6	§ 6
Offenlegung von Beweismitteln; Androhung und Festsetzung von Ordnungsgeld	un verändert
(1) Ordnet das Gericht die Vorlage einer Urkunde oder sonstiger Unterlagen (§ 142 der Zivilprozessordnung), die Vorlage von Akten (§ 143 der Zivilprozessordnung) oder die Vorlage eines Gegenstandes (§ 144 der Zivilprozessordnung) an, so kann es der vorlagepflichtigen Partei für den Fall, dass diese der Anordnung nicht nachkommt, die Festsetzung eines Ordnungsgelds in Höhe von bis zu 250 000 Euro androhen.	
(2) Kommt die vorlagepflichtige Partei der gerichtlichen Anordnung trotz Androhung eines Ordnungsgeldes nicht nach, so ist das angedrohte Ordnungsgeld durch Beschluss festzusetzen. Das Ordnungsgeld kann erneut festgesetzt werden, wenn die vorlagepflichtige Partei der gerichtlichen Anordnung wiederholt nicht nachkommt.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 7	§ 7
Streitgenossenschaft	Streitgenossenschaft
(1) Mehrere klageberechtigte Stellen können gemeinschaftlich gegen einen Unternehmer klagen.	(1) Mehrere klageberechtigte Stellen können gemeinschaftlich gegen einen Unternehmer klagen. Mehrere Unternehmer können gemeinschaftlich verklagt werden.
(2) Die §§ 59 und 61 bis 63 der Zivilprozessordnung sind entsprechend anzuwenden.	(2) Die §§ 59 bis 63 der Zivilprozessordnung sind entsprechend anzuwenden.
§ 8	§ 8
Sperrwirkung der Verbandsklage	Sperrwirkung der Verbandsklage
(1) Ab <i>Rechtshängigkeit</i> einer Verbandsklage kann gegen <i>den verklagten</i> Unternehmer keine weitere Verbandsklage erhoben werden, <i>die denselben Streitgegenstand</i> betrifft. Diese Sperrwirkung entfällt, sobald die Verbandsklage ohne Entscheidung in der Sache beendet wird.	Ab Anhängigkeit einer Verbandsklage kann gegen denselben Unternehmer keine weitere Verbandsklage erhoben werden, deren Streitgegenstand denselben Lebenssachverhalt und dieselben Ansprüche oder dieselben Feststellungsziele betrifft. Diese Sperrwirkung entfällt, sobald die Verbandsklage ohne Entscheidung in der Sache beendet wird.
(2) <i>Werden am selben Tag mehrere Verbandsklagen, die denselben Streitgegenstand betreffen, bei Gericht eingereicht, findet § 147 der Zivilprozessordnung Anwendung.</i>	entfällt
§ 9	§ 9
Gerichtlicher Vergleich	u n v e r ä n d e r t
(1) Zur gütlichen Beilegung des Rechtsstreits können die Parteien einen gerichtlichen Vergleich auch mit Wirkung für die im Verbandsklageregister angemeldeten Verbraucher schließen. Der gerichtliche Vergleich kann nicht vor Ablauf des in § 46 Absatz 1 Satz 1 genannten Zeitpunkts geschlossen werden.	
(2) Der Vergleich bedarf der Genehmigung des Gerichts. Das Gericht genehmigt den Vergleich durch Beschluss, wenn es ihn unter Berücksichtigung des Sach- und Streitstands, insbesondere der Interessen der betroffenen Verbraucher, als angemessene gütliche Beilegung des Rechtsstreits erachtet. Andernfalls lehnt das Gericht die Genehmigung des Vergleichs durch Beschluss ab.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 10	§ 10
Austritt aus dem Vergleich	Austritt aus dem Vergleich
(1) Jeder im Verbandsklageregister angemeldete Verbraucher kann innerhalb einer Frist von einem Monat gegenüber dem Bundesamt für Justiz den Austritt aus dem Vergleich erklären. Die Frist beginnt mit der Bekanntgabe des Vergleichs im Verbandsklageregister.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Verbraucher, die ihren Austritt <i>nach Absatz 1 Satz 1</i> erklärt haben, werden durch den Vergleich nicht gebunden. Der Austritt berührt nicht die Wirksamkeit der Anmeldung im Verbandsklageregister.	(2) Verbraucher, die ihren Austritt wirksam erklärt haben, werden durch den Vergleich nicht gebunden. Der Austritt berührt nicht die Wirksamkeit der Anmeldung im Verbandsklageregister.
§ 11	§ 11
Sperrwirkung der Anmeldung; Bindungswirkung	u n v e r ä n d e r t
(1) Hat ein Verbraucher vor der Bekanntgabe der Verbandsklage im Verbandsklageregister eine Klage gegen den Unternehmer erhoben, die die Ansprüche oder Rechtsverhältnisse oder Feststellungsziele und den Lebenssachverhalt der Verbandsklage betrifft, und meldet er seinen Anspruch oder sein Rechtsverhältnis zum Verbandsklageregister an, so setzt das Gericht das Verfahren bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Verbandsklage oder bis zur sonstigen Erledigung der Verbandsklage oder bis zur wirksamen Rücknahme der Anmeldung zum Verbandsklageregister aus.	
(2) Während der Rechtshängigkeit der Verbandsklage kann ein angemeldeter Verbraucher gegen den Unternehmer keine Klage erheben, deren Streitgegenstand denselben Lebenssachverhalt und dieselben Ansprüche oder dieselben Feststellungsziele betrifft.	
(3) Rechtskräftige Urteile über Verbandsklagen binden ein zur Entscheidung eines Rechtsstreits zwischen einem angemeldeten Verbraucher und dem verklagten Unternehmer berufenes Gericht, soweit dessen Entscheidung den Lebenssachverhalt der Verbandsklage und einen mit der Abhilfeklage geltend gemachten Anspruch oder ein mit der Musterfeststellungsklage geltend gemachtes Feststellungsziel betrifft. Satz 1 gilt nicht für Abhilfeendurteile nach § 18.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 12	§ 12
Informationspflichten	u n v e r ä n d e r t
(1) Die klageberechtigte Stelle ist verpflichtet, auf ihrer Internetseite zu informieren über:	
1. Verbandsklagen, die sie erheben will,	
2. Verbandsklagen, die sie bereits erhoben hat, und	
3. den Verfahrensstand der Verbandsklagen.	
Auf der Internetseite ist ferner darüber zu informieren, dass Verbraucher nur dann von den Wirkungen einer Verbandsklage erfasst werden, wenn sie Ansprüche oder Rechtsverhältnisse, die Gegenstand der Verbandsklage sind, zur Eintragung in das Verbandsklageregister anmelden.	
(2) Wird ein Verfahren über eine Verbandsklage durch unanfechtbaren Beschluss, unanfechtbares Urteil oder durch einen Vergleich nach § 9 beendet, so ist der Beschluss, das Urteil oder der Vergleich in veröffentlichungsfähiger anonymisierter Form ab dem Zeitpunkt der Beendigung des Verfahrens mindestens sechs Monate auf der Internetseite der klageberechtigten Stelle zu veröffentlichen.	
(3) Die Kosten der Veröffentlichungen auf der Internetseite nach den Absätzen 1 und 2 sind Kosten des Rechtsstreits.	
§ 13	§ 13
Anwendung der Zivilprozessordnung	Anwendung der Zivilprozessordnung
(1) Auf Verbandsklageverfahren sind die Vorschriften der Zivilprozessordnung anzuwenden, soweit sich aus diesem Gesetz nicht etwas anderes ergibt.	(1) Auf Verbandsklageverfahren sind die Vorschriften der Zivilprozessordnung anzuwenden, soweit sich aus diesem Gesetz nicht etwas anderes ergibt. Auf das Verfahren vor den Oberlandesgerichten sind dabei die im ersten Rechtszug für das Verfahren vor den Landgerichten geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.
(2) Die §§ 66 bis 74 der Zivilprozessordnung sind nicht anzuwenden im Verhältnis zwischen den Parteien der Verbandsklage und denjenigen Verbrauchern, die	(2) u n v e r ä n d e r t

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
1. einen Anspruch oder ein Rechtsverhältnis zum Verbandsklageregister angemeldet haben oder	
2. behaupten, entweder einen Anspruch gegen den verklagten Unternehmer zu haben oder von ihm in Anspruch genommen zu werden oder zu ihm in einem Rechtsverhältnis zu stehen.	
(3) § 128 Absatz 2 und § 306 der Zivilprozessordnung sind nicht anzuwenden.	(3) § 128 Absatz 2 sowie die §§ 306 und 307 Satz 2 der Zivilprozessordnung sind nicht anzuwenden.
(4) Ein Urteil oder Abhilfegrundurteil ergeht nicht vor Ablauf <i>des in § 46 Absatz 1 Satz 1 genannten Zeitpunkts</i> .	(4) Ein Urteil oder Abhilfegrundurteil ergeht nicht vor Ablauf von sechs Wochen nach dem Schluss der mündlichen Verhandlung .
A b s c h n i t t 2	A b s c h n i t t 2
A b h i l f e k l a g e n	A b h i l f e k l a g e n
Unterabschnitt 1	Unterabschnitt 1
Besondere Voraussetzungen	Besondere Voraussetzungen
§ 14	§ 14
Abhilfeklage	u n v e r ä n d e r t
Mit der Abhilfeklage begehrt die klageberechtigte Stelle die Verurteilung des Unternehmers zu einer Leistung an die betroffenen Verbraucher. Als Leistung kann auch die Zahlung eines kollektiven Gesamtbetrags begehrt werden.	
§ 15	§ 15
Gleichartigkeit der Verbraucheransprüche; Klageschrift	Gleichartigkeit der Verbraucheransprüche; Klageschrift
(1) Die Abhilfeklage ist nur zulässig, wenn die von der Klage betroffenen Ansprüche von Verbrauchern gleichartig sind. <i>Gleichartig sind die Ansprüche von Verbrauchern</i> , wenn	(1) Die Abhilfeklage ist nur zulässig, wenn die von der Klage betroffenen Ansprüche von Verbrauchern im Wesentlichen gleichartig sind. Das ist der Fall , wenn
1. <i>sie</i> auf demselben Sachverhalt oder auf einer Reihe vergleichbarer Sachverhalte beruhen und	1. die Ansprüche auf demselben Sachverhalt oder auf einer Reihe im Wesentlichen vergleichbarer Sachverhalte beruhen und

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
2. für <i>sie</i> die gleichen Tatsachen- und Rechtsfragen entscheidungserheblich sind.	2. für die Ansprüche die im Wesentlichen gleichen Tatsachen- und Rechtsfragen entscheidungserheblich sind.
(2) Die Klageschrift muss Angaben zur Gleichartigkeit der betroffenen Ansprüche von Verbrauchern enthalten. Beantragt die klageberechtigte Stelle die Verurteilung des Unternehmers zur Zahlung eines kollektiven Gesamtbetrags, so muss die Klageschrift auch die Höhe des einzelnen Verbraucheranspruchs angeben, wenn alle Ansprüche der betroffenen Verbraucher der Höhe nach gleich sind. Andernfalls soll die Methode angegeben werden, nach der sich die Höhe der jeweiligen einzelnen Ansprüche der betroffenen Verbraucher berechnen lässt.	(2) u n v e r ä n d e r t
Unterabschnitt 2	Unterabschnitt 2
Abhilfeentscheidung	Abhilfeentscheidung
§ 16	§ 16
Urteil und Abhilfegrundurteil	Urteil und Abhilfegrundurteil
(1) Hält das Gericht eine Abhilfeklage, die auf Zahlung eines kollektiven Gesamtbetrages oder auf die Verurteilung zu einer anderen Leistung als zur Zahlung gerichtet ist, dem Grunde nach für begründet, so erlässt es ein Abhilfegrundurteil. Wird die Leistung an namentlich benannte Verbraucher begehrt, entscheidet das Gericht im Falle einer Verurteilung zur Zahlung durch Urteil. Hält das Gericht die Abhilfeklage für unzulässig oder unbegründet, weist es die Klage durch Urteil ab.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Urteilsformel eines Abhilfegrundurteils enthält folgende Angaben:	(2) Die Urteilsformel eines Abhilfegrundurteils enthält folgende Angaben:
1. die konkreten Voraussetzungen, nach denen sich die Anspruchsberechtigung der betroffenen Verbraucher bestimmt und	1. u n v e r ä n d e r t
2. die von jedem einzelnen Verbraucher zu erbringenden Berechtigungsnachweise.	2. die von jedem einzelnen Verbraucher im Umsetzungsverfahren zu erbringenden Berechtigungsnachweise.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>Wird mit der Abhilfeklage ein kollektiver Gesamtbetrag geltend gemacht, so enthält die Urteilsformel ferner den Betrag, der jedem berechtigten Verbraucher zusteht oder, wenn die den berechtigten Verbrauchern zustehenden Beträge unterschiedlich hoch sind, die Methode, nach der die den berechtigten Verbrauchern jeweils zustehenden Einzelbeträge zu berechnen sind. Wird mit der Abhilfeklage die Verurteilung zu einer anderen Leistung als zur Zahlung begehrt, so ist die Verurteilung in der Urteilsformel auszusprechen.</p>	<p>Wird mit der Abhilfeklage ein kollektiver Gesamtbetrag geltend gemacht, so enthält die Urteilsformel ferner den Betrag, der jedem berechtigten Verbraucher zusteht oder, wenn die den berechtigten Verbrauchern zustehenden Beträge unterschiedlich hoch sind, die Methode, nach der die den berechtigten Verbrauchern jeweils zustehenden Einzelbeträge zu berechnen sind. Wird mit der Abhilfeklage die Verurteilung zu einer anderen Leistung als zur Zahlung begehrt, so ist die Verurteilung in der Urteilsformel auszusprechen.</p>
<p>(3) Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 bleibt die Kostenentscheidung dem Abhilfeendurteil vorbehalten.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>
	<p>(4) Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 entscheidet das Gericht durch Urteil, wenn</p>
	<p>1. beide Parteien dies beantragen und</p>
	<p>2. Bemühungen um einen Vergleich nach § 17 Absatz 1 aussichtslos erscheinen.</p>
	<p>In diesem Fall enthält die Urteilsformel die Angaben nach Absatz 2 und § 18 Absatz 1; § 18 Absatz 2 und 3 ist entsprechend anzuwenden.</p>
<p>(4) Gegen Urteile nach Absatz 1 findet die Revision statt. Diese bedarf keiner Zulassung.</p>	<p>(5) Gegen Urteile nach Absatz 1 und 4 findet die Revision statt. Diese bedarf keiner Zulassung.</p>
<p>§ 17</p>	<p>§ 17</p>
<p>Vergleichsvorschlag; Fortsetzung des Abhilfeverfahrens</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(1) Nach der Verkündung des Abhilfegrundurteils soll das Gericht die Parteien auffordern, einen schriftlichen Vergleichsvorschlag zur Umsetzung des Abhilfegrundurteils zu unterbreiten. Das Gericht kann den Parteien eine Frist zur Unterbreitung des Vergleichsvorschlags setzen. Auf Antrag einer Partei und mit Zustimmung der Gegenpartei kann das Gericht diese Frist verlängern. Die §§ 9 und 10 sind entsprechend anzuwenden.</p>	
<p>(2) Wird das Abhilfeverfahren nicht durch wirksamen Vergleich beendet und ist das Abhilfegrundurteil rechtskräftig, so setzt das Gericht das Abhilfeverfahren fort. Es entscheidet durch Abhilfeendurteil.</p>	

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 18	§ 18
Abhilfeendurteil	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Urteilsformel des Abhilfeendurteils enthält folgende Angaben:	
1. die Anordnung des Umsetzungsverfahrens,	
2. die vorläufige Festsetzung der Kosten des Umsetzungsverfahrens,	
3. die Verurteilung des Unternehmers zur Zahlung der nach Nummer 2 vorläufig festgesetzten Kosten des Umsetzungsverfahrens zu Händen des Sachwalters sowie	
4. die Entscheidung über die Kosten des Verfahrens.	
(2) Wird mit der Abhilfeklage ein kollektiver Gesamtbetrag geltend gemacht, enthält die Urteilsformel außerdem die Verurteilung des Unternehmers zur Zahlung eines solchen Betrags zu Händen des Sachwalters.	
(3) Das Gericht kann bei Vorliegen besonderer Umstände, insbesondere einer Vielzahl betroffener Verbraucheransprüche, im Abhilfeendurteil die Widerspruchsfrist nach § 28 Absatz 2 Satz 1 angemessen verlängern.	
(4) Gegen Abhilfeendurteile findet die Revision statt. Diese bedarf keiner Zulassung.	
§ 19	§ 19
Kollektiver Gesamtbetrag	u n v e r ä n d e r t
(1) Das Gericht kann die Höhe des kollektiven Gesamtbetrags unter Würdigung aller Umstände nach freier Überzeugung bestimmen.	
(2) § 287 der Zivilprozessordnung ist entsprechend anzuwenden.	
§ 20	§ 20
Kosten des Umsetzungsverfahrens	u n v e r ä n d e r t
(1) Kosten des Umsetzungsverfahrens im Sinne dieses Gesetzes sind:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
1. die Auslagen des Sachwalters, insbesondere Verbindlichkeiten, die er zur ordnungsgemäßen Erfüllung seiner Aufgaben begründet, und	
2. die Vergütung des Sachwalters.	
(2) Die Kosten des Umsetzungsverfahrens trägt der Unternehmer.	
§ 21	§ 21
Erhöhung des kollektiven Gesamtbetrags	u n v e r ä n d e r t
(1) Die klageberechtigte Stelle kann während des Umsetzungsverfahrens die Erhöhung des kollektiven Gesamtbetrags beantragen. Die Klage ist nur zulässig, wenn die klageberechtigte Stelle Tatsachen vorträgt, aus denen sich ergibt, dass der kollektive Gesamtbetrag nicht zur Erfüllung der berechtigten Zahlungsansprüche aller angemeldeten Verbraucher ausreicht.	
(2) Reicht der kollektive Gesamtbetrag nicht zur Erfüllung der berechtigten Zahlungsansprüche aller angemeldeten Verbraucher aus, so ist der Unternehmer zur Zahlung eines weiteren kollektiven Gesamtbetrags zu verurteilen, der der Erhöhung entspricht. § 19 gilt entsprechend. Das Umsetzungsverfahren ruht während des Erhöhungsverfahrens.	
Unterabschnitt 3	Unterabschnitt 3
Umsetzungsverfahren	Umsetzungsverfahren
§ 22	§ 22
Zuständigkeit; Entscheidungen im Umsetzungsverfahren	u n v e r ä n d e r t
(1) Für das Umsetzungsverfahren ist ausschließlich das Prozessgericht der Abhilfeklage zuständig.	
(2) Die Entscheidungen des Gerichts im Umsetzungsverfahren können ohne mündliche Verhandlung ergehen.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 23	§ 23
Bestellung des Sachwalters	u n v e r ä n d e r t
(1) Das Gericht bestellt einen Sachwalter. Vor der Bestellung sollen die Parteien des Abhilfeverfahrens zur Person des Sachwalters gehört werden.	
(2) Zum Sachwalter ist eine geeignete und von den Parteien unabhängige Person zu bestellen. Die Unabhängigkeit wird nicht schon dadurch ausgeschlossen, dass die Person von einer Partei vorgeschlagen worden ist. Das Gericht kann von der als Sachwalter vorgesehenen Person den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung verlangen, deren Deckungssumme dem Umfang des Umsetzungsverfahrens angemessen ist.	
(3) Der Sachwalter erhält vom Gericht eine Urkunde über seine Bestellung. Bei Beendigung seines Amtes hat der Sachwalter dem Gericht die Urkunde zurückzugeben.	
(4) Ein Sachwalter kann von den Parteien aus denselben Gründen, die nach § 42 der Zivilprozessordnung zur Ablehnung eines Richters berechtigen, abgelehnt werden. Der Ablehnungsgrund ist glaubhaft zu machen; zur Versicherung an Eides statt darf die Partei nicht zugelassen werden. Ein Sachwalter kann auch wegen Ungeeignetheit abgelehnt werden.	
(5) Ein Ablehnungsantrag ist binnen zwei Wochen nach der Verkündung oder der Zustellung des Beschlusses über die Bestellung zu stellen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist der Antrag auf Ablehnung nur zulässig, wenn die Partei glaubhaft macht, dass sie ohne ihr Verschulden verhindert war, den Ablehnungsgrund früher geltend zu machen.	
(6) Gegen den Beschluss, durch den die Ablehnung für begründet erklärt wird, findet kein Rechtsmittel statt.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 24	§ 24
Eröffnungsbeschluss	Eröffnungsbeschluss
Das Gericht beschließt die Eröffnung des Umsetzungsverfahrens, sobald der Unternehmer die folgenden Beträge zu Händen des Sachwalters gezahlt hat:	Das Gericht beschließt die Eröffnung des Umsetzungsverfahrens, sobald der Unternehmer die folgenden Beträge zu Händen des Sachwalters gezahlt hat:
1. den vorläufig festgesetzten Kostenbetrag (§ 18 Absatz 1 Nummer 2),	1. u n v e r ä n d e r t
2. <i>gegebenenfalls</i> den kollektiven Gesamtbetrag (§ 18 Absatz 2), sofern der Unternehmer zur Zahlung eines solchen verurteilt ist.	2. den kollektiven Gesamtbetrag (§ 18 Absatz 2), sofern der Unternehmer zur Zahlung eines solchen verurteilt ist.
§ 25	§ 25
Umsetzungsfonds	u n v e r ä n d e r t
(1) Der Sachwalter errichtet einen Umsetzungsfonds. In diesen sind der vorläufig festgesetzte Kostenbetrag und gegebenenfalls der kollektive Gesamtbetrag sowie gegebenenfalls dessen Erhöhung einzuzahlen.	
(2) Der Umsetzungsfonds ist vom Vermögen des Sachwalters getrennt zu führen. Der Sachwalter verwaltet den Umsetzungsfonds und verfügt über ihn.	
(3) Berechtigte Ansprüche von Verbrauchern auf Zahlung erfüllt der Sachwalter unmittelbar durch Zahlung aus dem Umsetzungsfonds. Beträge zur Begleichung von Kosten des Umsetzungsverfahrens und Vorschüsse darf der Sachwalter dem Umsetzungsfonds nur nach Anordnung des Gerichts entnehmen. Diese Entnahmen dürfen in ihrer Gesamtsumme den vorläufig festgesetzten Kostenbetrag nicht übersteigen.	
(4) Die Gelder des Umsetzungsfonds unterliegen nicht der Pfändung.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 26	§ 26
Teilnahme am Umsetzungsverfahren	Teilnahme am Umsetzungsverfahren
An dem Umsetzungsverfahren nehmen alle Verbraucher teil, die ihre Ansprüche wirksam zum Verbandsklageregister angemeldet haben und die ihre Anmeldung nicht <i>oder nicht fristgerecht</i> zurückgenommen haben.	An dem Umsetzungsverfahren nehmen alle Verbraucher teil, die ihre Ansprüche wirksam zum Verbandsklageregister angemeldet haben und die ihre Anmeldung nicht wirksam zurückgenommen haben.
§ 27	§ 27
Aufgaben des Sachwalters	u n v e r ä n d e r t
Der Sachwalter hat folgende Aufgaben und Befugnisse:	
1. er weist dem Gericht den Erhalt folgender Beträge nach:	
a) den Erhalt des vorläufig festgesetzten Kostenbetrags und	
b) für den Fall der Verurteilung zur Zahlung eines kollektiven Gesamtbetrags den Erhalt des kollektiven Gesamtbetrags sowie gegebenenfalls dessen Erhöhung,	
2. er kann vom Bundesamt für Justiz einen Auszug aus dem Verbandsklageregister verlangen, der die am Umsetzungsverfahren teilnehmenden Verbraucher sowie sämtliche Angaben ausweist, die im Verbandsklageregister zu den geltend gemachten Ansprüchen vermerkt sind,	
3. er prüft die Anspruchsberechtigung der am Umsetzungsverfahren teilnehmenden Verbraucher nach Maßgabe des Abhilfegrundurteils,	
4. er setzt den am Umsetzungsverfahren teilnehmenden Verbrauchern, sofern er dies für erforderlich hält, eine Frist zur Vorlage der Berechtigungsnachweise,	
5. er kann im Einzelfall ergänzende Erklärungen der Verbraucher oder des Unternehmers verlangen und zu diesem Zwecke Fristen setzen,	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
6. er kann nicht fristgerecht eingegangene Berechtigungsnachweise und Erklärungen zurückweisen, wenn er den betroffenen Verbraucher zuvor auf diese Rechtsfolge hingewiesen hat,	
7. er stellt die Gesamthöhe der berechtigten Ansprüche aller Verbraucher auf Zahlung in einem Auszahlungsplan zusammen,	
8. er informiert die Parteien, sofern der kollektive Gesamtbetrag nicht zur Erfüllung der berechtigten Zahlungsansprüche aller angemeldeten Verbraucher ausreicht,	
9. er erfüllt berechnete Ansprüche von Verbrauchern auf Zahlung und sorgt für den Fall, dass nach dem Auszahlungsplan der kollektive Gesamtbetrag nicht zur Erfüllung der berechtigten Ansprüche aller Verbraucher ausreicht, für eine gleichmäßige Verteilung,	
10. er fordert für den Fall der Verurteilung zu einer anderen Leistung als zur Zahlung den Unternehmer zur Erfüllung berechtigter Verbraucheransprüche auf, setzt ihm zu diesem Zweck angemessene Fristen und verlangt die Anzeige der Erfüllung sowie die Vorlage von Nachweisen und	
11. er kann die Erfüllung geltend gemachter Ansprüche von Verbrauchern ganz oder teilweise ablehnen.	
§ 28	§ 28
Widerspruchsverfahren	Widerspruchsverfahren
(1) Der Sachwalter teilt dem betroffenen Verbraucher und dem Unternehmer in Textform mit, ob sich ein Anspruch nach Prüfung ganz oder teilweise als berechtigt erweist.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Der betroffene Verbraucher und der Unternehmer können vorbehaltlich einer Entscheidung nach § 18 Absatz 3 binnen vier Wochen widersprechen. Der Widerspruch ist in Textform an den Sachwalter zu richten und zu begründen.	(2) Der betroffene Verbraucher und der Unternehmer können vorbehaltlich einer Entscheidung nach § 18 Absatz 3 binnen vier Wochen nach Zugang der Mitteilung des Sachwalters widersprechen. Der Widerspruch ist in Textform an den Sachwalter zu richten und zu begründen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>(3) Der Sachwalter übermittelt dem betroffenen Verbraucher und dem Unternehmer seine Entscheidung über den Widerspruch in Textform. <i>Die Entscheidung des Sachwalters ist unanfechtbar.</i></p>	<p>(3) Der Sachwalter übermittelt dem betroffenen Verbraucher und dem Unternehmer seine Entscheidung über den Widerspruch in Textform.</p>
	<p>(4) Der betroffene Verbraucher und der Unternehmer können bei dem Prozessgericht des Abhilfeverfahrens binnen zwei Wochen nach Zugang der Widerspruchsentscheidung des Sachwalters eine gerichtliche Entscheidung über den Widerspruch beantragen, soweit sie durch die Widerspruchsentscheidung des Sachwalters beschwert sind. Das Gericht entscheidet durch Beschluss. Es kann die Entscheidung auf einen Einzelrichter übertragen. Die Entscheidung kann im schriftlichen Verfahren nach Anhörung des betroffenen Verbrauchers und des Unternehmers ergehen. § 78 Absatz 1 Satz 1 der Zivilprozessordnung ist nicht anzuwenden. Die Entscheidung des Gerichts ist unanfechtbar.</p>
<p>§ 29</p>	<p>§ 29</p>
<p>Zwangsmittel gegen den Unternehmer</p>	<p>Zwangsmittel gegen den Unternehmer</p>
<p>(1) Kommt der Unternehmer einer Aufforderung des Sachwalters zur Erfüllung eines Anspruchs eines Verbrauchers, der auf eine andere vertretbare Handlung als Zahlung gerichtet ist, nicht fristgerecht nach, so kann das Gericht auf Antrag des Sachwalters anordnen, dass der Unternehmer durch Zwangsgeld und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, durch Zwangshaft zur Vornahme der anderen vertretbaren Handlung anzuhalten sei. Für die Zwecke der Vollstreckung der Zwangsmittel tritt der Sachwalter an die Stelle des Gläubigers.</p>	<p>(1) Kommt der Unternehmer einer Aufforderung des Sachwalters zur Erfüllung eines Anspruchs eines Verbrauchers, der auf eine andere vertretbare Handlung als Zahlung oder auf eine nicht vertretbare Handlung gerichtet ist, nicht fristgerecht nach, so kann das Gericht auf Antrag des Sachwalters anordnen, dass der Unternehmer durch Zwangsgeld und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, durch Zwangshaft zur Vornahme der anderen vertretbaren Handlung oder der nicht vertretbaren Handlung anzuhalten sei. Für die Zwecke der Vollstreckung der Zwangsmittel tritt der Sachwalter an die Stelle des Gläubigers.</p>

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
(2) Auf andere vertretbare Handlungen als Zahlung ist § 888 der Zivilprozessordnung mit Ausnahme seines Absatzes 1 Satz 1 entsprechend anzuwenden; § 887 Absatz 1 und 2 der Zivilprozessordnung ist auf solche Handlungen nicht anzuwenden.	(2) Auf andere vertretbare Handlungen als Zahlung ist § 888 der Zivilprozessordnung mit Ausnahme seines Absatzes 1 Satz 1 entsprechend anzuwenden; § 887 Absatz 1 und 2 der Zivilprozessordnung ist auf solche Handlungen nicht anzuwenden. Auf nicht vertretbare Handlungen ist § 888 Absatz 1 Satz 1 der Zivilprozessordnung nicht anzuwenden.
§ 30	§ 30
Gerichtliche Aufsicht; Zwangsmittel gegen den Sachwalter	u n v e r ä n d e r t
(1) Der Sachwalter untersteht der Aufsicht des Gerichts.	
(2) Das Gericht kann dem Sachwalter zur Durchführung des Umsetzungsverfahrens Fristen setzen. Es kann vom Sachwalter jederzeit Zwischenberichte über den Stand des Umsetzungsverfahrens anfordern, insbesondere Auskunft darüber verlangen,	
1. auf welche Art und Weise der Sachwalter die von Verbrauchern zu erbringenden Berechtigungsnachweise prüft und	
2. welche von Verbrauchern geltend gemachten Ansprüche der Sachwalter in welcher Höhe bereits erfüllt hat.	
Das Gericht kann dem Sachwalter Fristen zur Übermittlung von Zwischenberichten setzen.	
(3) Erfüllt der Sachwalter die ihm nach diesem Gesetz obliegenden Pflichten nicht, so kann das Gericht nach vorheriger Androhung ein Zwangsgeld gegen ihn festsetzen. Das einzelne Zwangsgeld darf den Betrag von 25 000 Euro nicht übersteigen. Nach vorheriger Androhung kann das Gericht den Sachwalter aus wichtigem Grund entlassen.	
§ 31	§ 31
Haftung des Sachwalters	u n v e r ä n d e r t
Verletzt der Sachwalter schuldhaft ihm nach diesem Gesetz obliegende Pflichten, so ist er zum Schadensersatz verpflichtet, und zwar	
1. dem Unternehmer, wenn die verletzte Pflicht den Schutz des Unternehmers bezweckt, und	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
2. dem Verbraucher, wenn die verletzte Pflicht den Schutz des Verbrauchers bezweckt.	
Der Sachwalter hat für die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Sachwalters einzustehen.	
§ 32	§ 32
Ansprüche des Sachwalters	u n v e r ä n d e r t
(1) Der Sachwalter hat Anspruch auf	
1. die Erstattung der Auslagen, die er zur ordnungsgemäßen Erfüllung seiner Aufgaben begründet,	
2. eine angemessene Vergütung für seine Geschäftsführung und	
3. einen Vorschuss auf seine Auslagen und seine Vergütung, soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendig ist.	
(2) Auf Antrag des Sachwalters setzt das Gericht die Höhe der Auslagen, der Vergütung und des Vorschusses fest.	
§ 33	§ 33
Schlussrechnung	u n v e r ä n d e r t
Der Sachwalter hat dem Gericht bei Beendigung seines Amtes Schlussrechnung zu legen. Die Rechnung einschließlich der Belege muss spätestens einen Monat nach Beendigung des Umsetzungsverfahrens	
1. elektronisch oder auf der Geschäftsstelle des Gerichts eingereicht werden und	
2. zur Einsicht des Unternehmers zur Verfügung stehen.	
Das Gericht benachrichtigt den Unternehmer unverzüglich vom Eingang der Schlussrechnung. Der Unternehmer ist berechtigt, Einwendungen gegen die Schlussrechnung zu erheben. Soweit binnen zwei Wochen nach der Benachrichtigung keine Einwendungen erhoben werden, gilt die Rechnung als anerkannt.	

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 34	§ 34
Schlussbericht	u n v e r ä n d e r t
(1) Der Sachwalter teilt dem Gericht die Beendigung des Umsetzungsverfahrens unverzüglich mit. Das Gericht setzt dem Sachwalter eine angemessene Frist zur Vorlage des Schlussberichts. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Amtes des Sachwalters und der Einstellung des Umsetzungsverfahrens.	
(2) Der Schlussbericht enthält folgende Angaben:	
1. eine Auflistung der im Umsetzungsverfahren von Verbrauchern geltend gemachten Ansprüche, die	
a) vom Sachwalter ganz oder teilweise durch Zahlung erfüllt wurden unter Angabe des jeweiligen Namens des Verbrauchers, des jeweiligen Zahlungszeitpunkts und des jeweiligen Zahlungsbetrags oder	
b) vom Unternehmer anders als durch Zahlung erfüllt wurden unter Angabe des jeweiligen Namens des Verbrauchers und des Zeitpunkts der Erbringung der jeweiligen Leistung,	
2. eine Auflistung der vollständig oder teilweise abgelehnten Ansprüche von Verbrauchern unter Angabe	
a) des jeweiligen Namens des Verbrauchers,	
b) der jeweiligen Art oder der jeweiligen Höhe des geltend gemachten Anspruchs sowie	
c) des Umfangs der jeweiligen Ablehnung,	
3. eine zusammenfassende Gegenüberstellung der aus dem Umsetzungsfonds geleisteten Zahlungen und des kollektiven Gesamtbetrags.	
(3) Die Parteien erhalten vom Gericht eine formlose Abschrift des Schlussberichts.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 35	§ 35
Prüfung des Schlussberichts und der Schlussrechnung	u n v e r ä n d e r t
(1) Das Gericht prüft den Schlussbericht und die Schlussrechnung des Sachwalters.	
(2) Beanstandet das Gericht den Schlussbericht oder die Schlussrechnung, so fordert es den Sachwalter unter Fristsetzung dazu auf, der Beanstandung abzuhelfen.	
§ 36	§ 36
Feststellung der Beendigung des Umsetzungsverfahrens	u n v e r ä n d e r t
(1) Das Gericht stellt die Beendigung des Umsetzungsverfahrens fest. Der Beschluss enthält:	
1. die endgültige Festsetzung der Kosten des Umsetzungsverfahrens,	
2. die Festsetzung eines vom Unternehmer noch an den Sachwalter zu zahlenden Kostenbetrags, wenn die Kosten des Umsetzungsverfahrens den vorläufig festgesetzten Kostenbetrag übersteigen, sowie	
3. die Angabe, ob und in welcher Höhe ein Restbetrag verbleibt.	
Der Beschluss steht hinsichtlich seiner Vollstreckbarkeit einem Kostenfestsetzungsbeschluss gleich.	
(2) Der Beschluss ist den Parteien und dem Sachwalter zuzustellen.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 37	§ 37
Nicht abgerufene Beträge	u n v e r ä n d e r t
<p>Ist der kollektive Gesamtbetrag nach Beendigung des Umsetzungsverfahrens nicht vollständig ausgekehrt oder übersteigt der vorläufig festgesetzte Kostenbetrag die endgültig festgesetzten Kosten des Umsetzungsverfahrens, so ist der Sachwalter dem Unternehmer zur Erstattung des verbleibenden Betrags verpflichtet. Dieser Rückzahlungsanspruch ist mit der Bekanntmachung des Beschlusses über die Feststellung der Beendigung des Umsetzungsverfahrens im Verbandsklageregister fällig.</p>	
§ 38	§ 38
Insolvenzverfahren über das Vermögen des Unternehmers; Restrukturierung	Insolvenzverfahren über das Vermögen des Unternehmers; Restrukturierung
<p>(1) Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Unternehmers hindert die Durchführung des Umsetzungsverfahrens nicht. Auf Antrag des Sachwalters wird das Umsetzungsverfahren zwecks Klärung möglicher Insolvenzanfechtungsansprüche auf Rückzahlung der nach § 24 gezahlten Beträge ausgesetzt oder, sofern nach Einschätzung des Sachwalters ein Anfechtungsanspruch besteht und dieser nicht offensichtlich unbegründet ist, eingestellt. Das Umsetzungsverfahren ist auch einzustellen, wenn zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung lediglich ein Teil der nach § 24 zu leistenden Zahlungen erbracht ist.</p>	(1) u n v e r ä n d e r t
<p>(2) Wird das Umsetzungsverfahren eingestellt, sind alle nach § 24 erfolgten Zahlungen an die Insolvenzmasse zurückzugewähren. Die zurückzugewährenden Zahlungen gelten als auf den vorläufig festgesetzten Kostenbetrag (§ 18 Absatz 1 Nummer 3) und den kollektiven Gesamtbetrag (§ 18 Absatz 2) in dem Verhältnis geleistet, in dem beide Beträge zueinander stehen.</p>	(2) u n v e r ä n d e r t

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>(3) Der auf den kollektiven Gesamtbetrag entfallende Teil der nach Absatz 2 an die Masse zurückgewährten Zahlungen bildet eine Sondermasse zur Befriedigung derjenigen Verbraucher, die im Rahmen des Umsetzungsverfahrens einen berechtigten Zahlungsanspruch gehabt hätten. <i>Dies</i> gilt nicht für Zahlungen, die der Insolvenzanfechtung unterliegen.</p>	<p>(3) Der auf den kollektiven Gesamtbetrag entfallende Teil der nach Absatz 2 an die Masse zurückgewährten Zahlungen bildet eine Sondermasse zur Befriedigung derjenigen Verbraucher, die im Rahmen des Umsetzungsverfahrens einen berechtigten Zahlungsanspruch gehabt hätten; dies gilt nicht für Zahlungen, die der Insolvenzanfechtung unterliegen. Zur Verwaltung und Verteilung der Sondermasse ist der Sachwalter zum Sonderinsolvenzverwalter zu bestellen.</p>
<p>(4) § 11 Absatz 3 gilt auch im Verhältnis zu allen Insolvenzgläubigern.</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(5) Werden die in einem Abhilfegrundurteil ausgeurteilten Ansprüche in einen Restrukturierungsplan nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz einbezogen, so ist für die betroffenen Anspruchsinhaber im Restrukturierungsplan eine eigenständige Gruppe zu bilden. Die Abwicklung der durch den Plan gestalteten Verbraucherforderungen ist dem Restrukturierungsbeauftragten zu übertragen.</p>	<p>(5) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>Unterabschnitt 4</p>	<p>Unterabschnitt 4</p>
<p>Individualklagen</p>	<p>Individualklagen</p>
<p>§ 39</p>	<p>§ 39</p>
<p>Offene Verbraucheransprüche</p>	<p>Offene Verbraucheransprüche</p>
<p>Hat der Sachwalter die Erfüllung eines vom Verbraucher geltend gemachten Anspruchs im Umsetzungsverfahren vollständig oder teilweise abgelehnt oder hat der Sachwalter einen Anspruch eines Verbrauchers bis zur Beendigung des Umsetzungsverfahrens nicht oder nur teilweise erfüllt, so kann der Verbraucher diesen Anspruch im Wege der Individualklage geltend machen.</p>	<p>Hat der Sachwalter die Erfüllung eines vom Verbraucher geltend gemachten Anspruchs im Umsetzungsverfahren vollständig oder teilweise abgelehnt oder hat der Sachwalter einen Anspruch eines Verbrauchers bis zur Beendigung des Umsetzungsverfahrens nicht oder nur teilweise erfüllt, so kann der Verbraucher diesen Anspruch im Wege der Individualklage geltend machen, soweit er ihn nicht bereits im Widerspruchsverfahren nach § 28 hätte geltend machen können.</p>

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Geszentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 40	§ 40
Herausgabeanspruch des Unternehmers	Herausgabeanspruch des Unternehmers
(1) Der Unternehmer kann Einwendungen, die den vom Verbraucher im Verbandsklageverfahren geltend gemachten Anspruch selbst betreffen, im Wege der Klage geltend machen, soweit er die Gründe, auf denen sie beruhen, vor dem Prozessgericht des Abhilfeverfahrens nicht hätte geltend machen können.	(1) Der Unternehmer kann Einwendungen, die den vom Verbraucher im Verbandsklageverfahren geltend gemachten Anspruch selbst betreffen, im Wege der Klage geltend machen, soweit er die Gründe, auf denen sie beruhen, vor dem Prozessgericht des Abhilfeverfahrens oder im Widerspruchsverfahren nach § 28 nicht hätte geltend machen können.
(2) Der Herausgabeanspruch des Unternehmers gegen den Verbraucher bestimmt sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Herausgabe der ungerechtfertigten Bereicherung. § 818 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist nicht anzuwenden.	(2) Der Herausgabeanspruch des Unternehmers gegen den Verbraucher bestimmt sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Herausgabe der ungerechtfertigten Bereicherung. § 818 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist nicht anzuwenden. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht binnen neun Monaten nach Leistung an den Verbraucher diesem gegenüber schriftlich geltend gemacht wird.
Abschnitt 3	Abschnitt 3
Musterfeststellungsklagen	unverändert
§ 41	
Musterfeststellungsklage	
(1) Mit der Musterfeststellungsklage begehrt die klageberechtigte Stelle die Feststellung des Vorliegens oder Nichtvorliegens von tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für das Bestehen oder Nichtbestehen von Ansprüchen oder Rechtsverhältnissen (Feststellungsziele) zwischen Verbrauchern und einem Unternehmer.	
(2) Der Zulässigkeit einer Musterfeststellungsklage steht nicht entgegen, dass die klageberechtigte Stelle Abhilfeklage erheben könnte.	
§ 42	
Revision	
Gegen Musterfeststellungsurteile findet die Revision statt. Diese bedarf keiner Zulassung.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
Abschnitt 4	Abschnitt 4
Verbandsklageregister	Verbandsklageregister
§ 43	§ 43
Verbandsklageregister	u n v e r ä n d e r t
(1) Das Bundesamt für Justiz führt ein Register für Verbandsklagen (Verbandsklageregister). Das Verbandsklageregister kann elektronisch betrieben werden.	
(2) Öffentliche Bekanntmachungen und Eintragungen sind unverzüglich vorzunehmen. Die öffentliche Bekanntmachung von Terminen muss spätestens zwei Wochen vor dem jeweiligen Terminstag erfolgen.	
(3) Die im Verbandsklageregister erfassten öffentlichen Bekanntmachungen und Eintragungen sind bis zum Schluss des zehnten Jahres nach der rechtskräftigen Entscheidung oder anderweitigen Beendigung des jeweiligen Verbandsklageverfahrens aufzubewahren und sodann zu löschen.	
§ 44	§ 44
Bekanntmachung von Angaben zu Verbandsklagen	Bekanntmachung von Angaben zu Verbandsklagen
Die folgenden Angaben zu einer rechtshängigen Verbandsklage sind im Verbandsklageregister öffentlich bekannt zu machen:	Die folgenden Angaben zu einer rechtshängigen Verbandsklage sind im Verbandsklageregister öffentlich bekannt zu machen:
1. Bezeichnung der Parteien,	1. u n v e r ä n d e r t
2. Bezeichnung des Gerichts und des Aktenzeichens,	2. u n v e r ä n d e r t
	3. Art der Verbandsklage,
	4. Zeitpunkt der Anhängigkeit und der Rechtshängigkeit,
3. Abhilfeantrag des Klägers, einschließlich der Merkmale, nach denen sich die Gleichartigkeit der von Verbrauchern geltend gemachten Ansprüche bestimmt, oder die Feststellungsziele,	5. u n v e r ä n d e r t
4. kurze Darstellung des vom Kläger vorgetragenen Lebenssachverhalts,	6. u n v e r ä n d e r t

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
5. Zeitpunkt der Bekanntmachung im Verbandsklageregister,	7. un verändert
6. Befugnis der Verbraucher, Ansprüche oder Rechtsverhältnisse, die mit der Abhilfe- oder Musterfeststellungsklage geltend gemacht werden, zur Eintragung in das Verbandsklageregister anzumelden, Form, Frist und Wirkung der Anmeldung sowie ihrer Rücknahme,	8. un verändert
7. Terminsbestimmungen, Hinweise und Zwischenentscheidungen des Gerichts,	9. un verändert
8. gerichtlich genehmigte Vergleiche, Befugnis der angemeldeten Verbraucher zum Austritt aus dem Vergleich, Form, Frist und Wirkung des Austritts,	10. un verändert
9. Urteile im Verbandsklageverfahren,	11. un verändert
10. Einlegung eines Rechtsmittels,	12. un verändert
11. Eintritt der Rechtskraft,	13. un verändert
	14. Beschluss über die Bestellung eines Sachwalters, Beschluss, durch den die Ablehnung eines Sachwalters für begründet erklärt wird, sowie Beschluss über die Entlassung eines Sachwalters,
12. Beschluss über die Eröffnung eines Umsetzungsverfahrens,	15. un verändert
13. Beschluss über die Feststellung der Beendigung des Umsetzungsverfahrens,	16. un verändert
14. sonstige Beendigung des Verbandsklageverfahrens,	17. un verändert
15. die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Unternehmers,	18. un verändert
16. Verpflichtung des Bundesamts für Justiz, einem angemeldeten Verbraucher auf dessen Verlangen einen Auszug über die Angaben zu überlassen, die im Verbandsklageregister zu ihm und seiner Anmeldung erfasst sind.	19. un verändert

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
§ 45	§ 45
Veranlassung der Bekanntmachung durch das Gericht	Veranlassung der Bekanntmachung durch das Gericht
Das Gericht übermittelt dem Bundesamt für Justiz unverzüglich veröffentlichungsfähige Fassungen der im Verbandsklageregister öffentlich bekannt zu machenden Angaben (§ 44 Nummer 1 bis 4 und 7 bis 15), insbesondere der Terminbestimmungen, Hinweise, Zwischenentscheidungen und Urteile.	Das Gericht übermittelt dem Bundesamt für Justiz unverzüglich veröffentlichungsfähige Fassungen der im Verbandsklageregister öffentlich bekannt zu machenden Angaben (§ 44 Nummer 1 bis 6 und 9 bis 18), insbesondere der Terminbestimmungen, Hinweise, Zwischenentscheidungen und Urteile.
§ 46	§ 46
Anmeldung von Ansprüchen; Rücknahme der Anmeldung	Anmeldung von Ansprüchen; Rücknahme der Anmeldung
(1) Verbraucher können Ansprüche oder Rechtsverhältnisse, die Gegenstand einer Verbandsklage sind, bis zum Ablauf von <i>zwei Monaten</i> nach dem <i>ersten Termin</i> zur Eintragung in das Verbandsklageregister anmelden. § 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet keine Anwendung.	(1) Verbraucher können Ansprüche oder Rechtsverhältnisse, die Gegenstand einer Verbandsklage sind, bis zum Ablauf von drei Wochen nach dem Schluss der mündlichen Verhandlung zur Eintragung in das Verbandsklageregister anmelden. § 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet keine Anwendung.
(2) Die Anmeldung ist nur wirksam, wenn sie frist- und formgerecht erfolgt und folgende Angaben enthält:	(2) Die Anmeldung ist nur wirksam, wenn sie frist- und formgerecht erfolgt und folgende Angaben enthält:
1. Name und Anschrift des Verbrauchers,	1. u n v e r ä n d e r t
	2. Angabe, ob die Anmeldung als kleines Unternehmen im Sinne des § 1 Absatz 2 erfolgt,
2. Bezeichnung des Gerichts und Aktenzeichen,	3. u n v e r ä n d e r t
3. Bezeichnung des Beklagten,	4. u n v e r ä n d e r t
4. Gegenstand und Grund des Anspruchs oder des Rechtsverhältnisses des Verbrauchers,	5. u n v e r ä n d e r t
5. Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.	6. u n v e r ä n d e r t
Wird ein Zahlungsanspruch angemeldet, so soll die Anmeldung auch Angaben zur Höhe dieses Anspruchs enthalten.	Wird ein Zahlungsanspruch angemeldet, so soll die Anmeldung auch Angaben zur Höhe dieses Anspruchs enthalten.
(3) Die Angaben der wirksamen Anmeldung werden ohne inhaltliche Prüfung in das Verbandsklageregister eingetragen.	(3) u n v e r ä n d e r t

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
(4) Die Anmeldung kann bis zu dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt zurückgenommen werden. § 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet keine Anwendung.	(4) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
§ 47	§ 47
Formvorschriften	<i>u n v e r ä n d e r t</i>
(1) Anmeldung und Rücknahme sind in Textform gegenüber dem Bundesamt für Justiz zu erklären.	
(2) Wird die Anmeldung oder die Rücknahme durch einen Rechtsanwalt erklärt, muss für die Erklärung das vom Bundesamt für Justiz hierfür elektronisch bereitgestellte Formular genutzt werden. Ist dies aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, so ist die Übermittlung in Textform zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung des Bundesamts für Justiz ist die Erklärung mittels des elektronisch bereitgestellten Formulars nachzuholen. § 703 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.	
(3) Die Absätze 1 und 2 sind auf die Erklärung des Austritts aus einem Vergleich entsprechend anzuwenden.	
§ 48	§ 48
Einsichtnahme und Auskunft	Einsichtnahme und Auskunft
(1) Öffentliche Bekanntmachungen können von jedermann unentgeltlich im Verbandsklageregister eingesehen werden.	(1) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(2) Das Bundesamt für Justiz hat dem Gericht sowie dem bestellten Sachwalter auf dessen Anforderung jeweils einen Auszug aller im Verbandsklageregister erfassten Angaben über die Verbraucher zu übersenden, die sich wirksam <i>bis zum Ablauf des in § 46 Absatz 1 genannten Zeitpunkts</i> zu einer Verbandsklage zur Eintragung in das Verbandsklageregister angemeldet und ihre Anmeldung nicht <i>bis zu dem in § 46 Absatz 4 genannten Zeitpunkt</i> zurückgenommen haben. Das Gericht übermittelt den Parteien formlos eine Abschrift des Auszugs.	(2) Das Bundesamt für Justiz hat dem Gericht sowie dem bestellten Sachwalter auf dessen Anforderung jeweils einen Auszug aller im Verbandsklageregister erfassten Angaben über die Verbraucher zu übersenden, die sich wirksam zu einer Verbandsklage zur Eintragung in das Verbandsklageregister angemeldet und ihre Anmeldung nicht wirksam zurückgenommen haben. Das Gericht übermittelt den Parteien formlos eine Abschrift des Auszugs.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>(3) <i>Angemeldete Verbraucher können vom Bundesamt für Justiz Auskunft über die zu ihrer Anmeldung im Klageregister erfassten Angaben verlangen. Nach rechtskräftigem Abschluss des Verbandsklageverfahrens hat das Bundesamt für Justiz einem angemeldeten Verbraucher auf dessen Verlangen einen schriftlichen Auszug über die Angaben zu überlassen, die im Klageregister zu ihm und seiner Anmeldung erfasst sind.</i></p>	<p>(3) Das Bundesamt für Justiz hat einem angemeldeten Verbraucher auf dessen Verlangen einen schriftlichen Auszug über die Angaben zu überlassen, die im Klageregister zu ihm und seiner Anmeldung erfasst sind.</p>
<p>(4) Das Bundesamt für Justiz hat den Parteien einer Verbandsklage auf deren Anforderung jeweils einen Auszug aller im Verbandsklageregister erfassten Angaben über diejenigen Verbraucher zu überlassen,</p>	<p>(4) Das Bundesamt für Justiz hat den Parteien einer Verbandsklage auf deren Anforderung jeweils einen Auszug aller im Verbandsklageregister erfassten Angaben über diejenigen Verbraucher zu überlassen,</p>
<p>1. <i>die Ansprüche oder Rechtsverhältnisse angemeldet haben, und</i></p>	<p>entfällt</p>
<p>2. <i>die sich bis zu dem in § 46 Absatz 1 genannten Zeitpunkt wirksam zur Eintragung in das Verbandsklageregister zu der Klage angemeldet und ihre Anmeldung nicht bis zu dem in § 46 Absatz 4 genannten Zeitpunkt zurückgenommen haben.</i></p>	<p>die sich wirksam zu einer Verbandsklage zur Eintragung in das Verbandsklageregister angemeldet und ihre Anmeldung nicht wirksam zurückgenommen haben.</p>
<p>§ 49</p>	<p>§ 49</p>
<p>Verordnungsermächtigung</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die näheren Einzelheiten zum Verbandsklageregister zu regeln, insbesondere Bestimmungen über Inhalt, Aufbau, Führung und Art des Betriebs des Verbandsklageregisters, die Einreichung, Eintragung, Änderung und Vernichtung der im Verbandsklageregister erfassten Angaben, die Erteilung von Auszügen aus dem Verbandsklageregister sowie zur Information angemeldeter Verbraucher, zur Datensicherheit und Barrierefreiheit zu treffen.</p>	
	<p>A b s c h n i t t 5</p>
	<p>S c h l u s s v o r s c h r i f t e n</p>
	<p>§ 50</p>
	<p>Evaluierung</p>

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
	Dieses Gesetz ist fünf Jahre nach dem Inkrafttreten zu evaluieren.
Artikel 2	Artikel 2
Änderung der Musterfeststellungsklagenregister-Verordnung	Änderung der Musterfeststellungsklagenregister-Verordnung
Die Musterfeststellungsklagenregister-Verordnung vom 24. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1804, 1845), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 14. Juli 2021 (BGBl. I S. 2923) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Musterfeststellungsklagenregister-Verordnung vom 24. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1804, 1845), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 14. Juli 2021 (BGBl. I S. 2923) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Verordnung über das Register für Verbandsklagen	„Verordnung über das Register für Verbandsklagen
(Verbandsklageregisterverordnung – <i>VRegV</i>)“.	(Verbandsklageregisterverordnung – <i>VKRegV</i>)“.
2. § 1 wird wie folgt geändert:	2. u n v e r ä n d e r t
a) In der Überschrift wird das Wort „Musterfeststellungsklagen“ durch das Wort „Verbandsklagen“ ersetzt.	
b) Absatz 1 wird durch die folgenden Absätze 1 und 2 ersetzt:	
„(1) Das Bundesamt für Justiz führt ein Verbandsklageregister, in dem es nach Maßgabe der folgenden Vorschriften Folgendes öffentlich bekannt macht:	
1. Verbandsklagen nach § 1 Absatz 1 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes,	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>2. einstweilige Verfügungen in Bezug auf Ansprüche nach den §§ 1 bis 2a des Unterlassungsklagengesetzes oder § 8 Absatz 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb von qualifizierten Verbraucherverbänden und qualifizierten Einrichtungen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in dem Verzeichnis der Europäischen Kommission nach Artikel 5 Absatz 1 Satz 4 der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1) eingetragen sind, und</p>	
<p>3. Unterlassungsklagen zur Durchsetzung von Ansprüchen nach Nummer 2 durch die dort genannten Verbraucherverbände und Einrichtungen.</p>	
<p>(2) Das Bundesamt für Justiz erfasst im Verbandsklageregister ferner Anmeldungen zur Eintragung von Ansprüchen oder Rechtsverhältnissen von Verbrauchern und kleinen Unternehmen zu den nach Absatz 1 Nummer 1 öffentlich bekanntgemachten Verbandsklagen.“</p>	
<p>c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und folgender Satz wird angefügt:</p>	
<p>„Die öffentlichen Bekanntmachungen nach Absatz 1 sind jeweils in einer eigenen Rubrik vorzunehmen.“</p>	
<p>3. § 2 wird wie folgt geändert:</p>	<p>3. § 2 wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>a) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>„(1) Öffentlich bekannt zu machen sind</p>	
<p>1. zu Verbandsklagen nach dem Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetz die Angaben nach § 44 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes,</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
2. zu einstweiligen Verfügungen die Angaben nach § 6a Absatz 1 und 3 des Unterlassungsklagengesetzes und	
3. zu Unterlassungsklagen die Angaben nach § 6a Absatz 2 und 3 des Unterlassungsklagengesetzes.	
Das Datum der öffentlichen Bekanntmachung ist jeweils anzugeben.“	
	b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „XJustiz-Version“ die Wörter „oder im Dateiformat PDF“ eingefügt.
b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:	c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
„(3) Der Antrag auf Bekanntmachung des Zustellungsdatums einer einstweiligen Verfügung nach § 6a Absatz 1 Satz 4 des Unterlassungsklagengesetzes ist schriftlich zu stellen.“	„(3) u n v e r ä n d e r t
c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.	entfällt
4. § 3 wird wie folgt geändert:	4. u n v e r ä n d e r t
a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Klageregister nach § 608 Absatz 1 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „Verbandsklageregister nach § 43 Absatz 1 Satz 1 des Verbraucherrechtedurchsetzungsgesetzes“ ersetzt.	
b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „§ 608 Absatz 2 Satz 1 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „§ 46 Absatz 2 Satz 1 des Verbraucherrechtedurchsetzungsgesetzes“ ersetzt.	
c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:	
aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Klageregister“ durch das Wort „Verbandsklageregister“ ersetzt.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
bbb) In Nummer 1 werden die Wörter „§ 608 Absatz 1 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „§ 46 Absatz 1 des Verbraucherrechedurchsetzungsgesetzes“ ersetzt.	
ccc) In Nummer 2 werden die Wörter „§ 608 Absatz 2 Satz 1 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „§ 46 Absatz 2 Satz 1 des Verbraucherrechedurchsetzungsgesetzes“ ersetzt.	
bb) In Satz 4 wird das Wort „Klageregister“ durch das Wort „Verbandsklageregister“ ersetzt.	
d) In Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 Satz 1 wird jeweils das Wort „Klageregister“ durch das Wort „Verbandsklageregister“ ersetzt.	
e) In Absatz 6 werden die Wörter „§ 609 Absatz 4 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „§ 48 Absatz 3 des Verbraucherrechedurchsetzungsgesetzes“ ersetzt.	
5. § 4 wird wie folgt geändert:	5. § 4 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Klageregister“ durch das Wort „Verbandsklageregister“ ersetzt.	a) u n v e r ä n d e r t
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	b) u n v e r ä n d e r t
aa) In Satz 1 wird das Wort „Klageregister“ durch das Wort „Verbandsklageregister“ ersetzt.	
bb) In Satz 2 werden die Wörter „§ 608 Absatz 3 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „§ 46 Absatz 4 des Verbraucherrechedurchsetzungsgesetzes“ ersetzt.	
c) In Absatz 3 wird das Wort „Klageregister“ durch das Wort „Verbandsklageregister“ ersetzt.	c) u n v e r ä n d e r t
	6. Nach § 4 wird folgender § 4a eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
	„§ 4a
	Austritt aus einem gerichtlichen Vergleich
	(1) Für den Austritt aus einem gerichtlichen Vergleich stellt das Bundesamt für Justiz Verbrauchern unentgeltlich ein Formular zur Verfügung. Das Formular wird elektronisch und in Papierform zur Verfügung gestellt.
	(2) Der Austritt und das Datum des Austritts sind im Verbandsklageregister einzutragen. Die Eintragung wird nur vorgenommen, wenn der Austritt innerhalb der Frist des § 10 Absatz 1 des Verbraucherrechtedurchsetzungsgesetzes eingegangen ist. Andernfalls lehnt das Bundesamt für Justiz die Eintragung ab
	(3) Das Bundesamt für Justiz erteilt dem Verbraucher alsbald eine Bestätigung über die Eintragung des Austritts im Verbandsklageregister.“
6. § 6 wird wie folgt geändert:	7. § 6 wird wie folgt geändert:
a) In der Überschrift wird das Wort „Klageregister“ durch das Wort „Verbandsklageregister“ ersetzt.	a) u n v e r ä n d e r t
b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Das Bundesamt für Justiz übermittelt dem Gericht der Verbandsklage auf Anforderung einen elektronischen Auszug aus dem <i>Klageregister</i> auf einem sicheren Übermittlungsweg (§ 130a Absatz 4 der Zivilprozessordnung) als strukturierten maschinenlesbaren Datensatz im Dateiformat XML in der jeweils gültigen XJustiz-Version. Dem Sachwalter kann das Bundesamt für Justiz auf Anforderung ebenfalls auf diese Weise einen Auszug übermitteln.“	„(1) Das Bundesamt für Justiz übermittelt dem Gericht der Verbandsklage auf Anforderung einen elektronischen Auszug aus dem Verbandsklageregister auf einem sicheren Übermittlungsweg (§ 130a Absatz 4 der Zivilprozessordnung) als strukturierten maschinenlesbaren Datensatz im Dateiformat XML in der jeweils gültigen XJustiz-Version. Dem Sachwalter kann das Bundesamt für Justiz auf Anforderung ebenfalls auf diese Weise einen Auszug übermitteln.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
c) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „§ 609 Absatz 6 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „§ 48 Absatz 4 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes“ ersetzt.	c) u n v e r ä n d e r t
7. In § 7 wird jeweils das Wort „Klageregisters“ durch das Wort „Verbandsklageregisters“ ersetzt.	8. u n v e r ä n d e r t
8. Nach § 7 wird folgender § 7a eingefügt:	9. u n v e r ä n d e r t
„§ 7a	
Benachrichtigung angemeldeter Verbraucher	
Das Bundesamt für Justiz benachrichtigt Verbraucher und kleine Unternehmen, die im Rahmen ihrer Anmeldung zu einer Verbandsklage nach § 1 Absatz 1 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes eine E-Mail-Adresse angegeben haben, wenn im Register zu dieser Verbandsklage Angaben nach § 44 Nummer 7 bis 14 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes bekanntgemacht werden. Die Benachrichtigung nach Satz 1 ist unverzüglich an die angegebene E-Mail-Adresse zu versenden.“	
Artikel 3	Artikel 3
Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 119 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606) geändert worden ist, wird aufgehoben.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Geszentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
Artikel 4	Artikel 4
Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung	Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung
Dem Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2 veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, wird folgender § 46 angefügt:	Dem Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2 veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, wird folgender § 46 angefügt:
„§ 46	„§ 46
Übergangsvorschrift zum Verbraucherrechtsdurchsetzungsgesetz	Übergangsvorschrift zum Verbraucherrechtsdurchsetzungsgesetz
Auf eine vor dem 25. Juni 2023 anhängig gemachte Musterfeststellungsklage sind die §§ 32c und 606 bis 614 der Zivilprozessordnung einschließlich der auf Grund des § 609 Absatz 7 der Zivilprozessordnung erlassenen Musterfeststellungsklagenregister-Verordnung sowie § 119 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der bis einschließlich 24. Juni 2023 geltenden Fassung anzuwenden.“	Auf eine vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 31 Absatz 1 dieses Gesetzes] anhängig gemachte Musterfeststellungsklage sind die §§ 32c und 606 bis 614 der Zivilprozessordnung einschließlich der auf Grund des § 609 Absatz 7 der Zivilprozessordnung erlassenen Musterfeststellungsklagenregister-Verordnung sowie § 119 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der bis einschließlich ... [einsetzen: Datum des Tages vor dem Inkrafttreten nach Artikel 31 Absatz 1 dieses Gesetzes] geltenden Fassung anzuwenden.“
Artikel 5	Artikel 5
Änderung der Zivilprozessordnung	u n v e r ä n d e r t
Dem § 148 der Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, wird folgender Absatz 3 angefügt:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Geszentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
„(3) Das Gericht kann, wenn eine für die Entscheidung des Rechtsstreits erhebliche Beweisfrage bereits Gegenstand einer schriftlichen Begutachtung durch einen in einem anderen Verfahren ernannten Sachverständigen ist, anordnen, dass die Verhandlung bis zur Vorlage des nach § 411a verwertbaren Gutachtens ausgesetzt wird.“	
Artikel 6	Artikel 6
Weitere Änderung der Zivilprozessordnung	u n v e r ä n d e r t
Die Zivilprozessordnung, die zuletzt durch Artikel 5 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	
a) Die Angabe zu § 32c wird gestrichen.	
b) Die Angabe zu Buch 6 wird durch folgende Angabe ersetzt:	
„Buch 6 (weggefallen)“.	
2. § 32c wird aufgehoben.	
3. § 148 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Das Gericht kann ferner, wenn die Entscheidung des Rechtsstreits ganz oder zum Teil von dem Bestehen oder Nichtbestehen von Rechtsverhältnissen oder Rechtsfragen abhängt, die Gegenstand einer Verbandsklage nach dem Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetz sind, auf Antrag des Klägers, der nicht Verbraucher oder nach diesem Gesetz einem Verbraucher gleichgestellt ist, anordnen, dass die Verhandlung bis zur rechtskräftigen Entscheidung oder sonstigen Erledigung des Verbandsklageverfahrens auszusetzen sei.“	
4. In § 167 wird nach der Angabe „204“ die Angabe „oder § 204a “ eingefügt.	
5. Buch 6 wird aufgehoben.	
	Artikel 7

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
	Änderung des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes
	In § 28 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes vom 19. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2182), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2186) geändert worden ist, wird die Angabe „31. Dezember 2023“ durch die Angabe „31. August 2024“ ersetzt.
<i>Artikel 7</i>	Artikel 8
Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs	u n v e r ä n d e r t
Das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 72) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. § 204 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 Nummer 1a wird aufgehoben.	
b) Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.	
2. Nach § 204 wird folgender § 204a eingefügt:	
„§ 204a	
Hemmung der Verjährung von Ansprüchen von Verbrauchern durch Klagen von qualifizierten Verbraucherverbänden oder qualifizierten Einrichtungen	
(1) Die Verjährung von Ansprüchen von Verbrauchern gegen Unternehmer wird auch gehemmt durch:	
1. die Zustellung des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung in Bezug auf einen Unterlassungsanspruch gegen den Unternehmer nach den §§ 1, 2 oder 2a des Unterlassungsklagengesetzes oder nach § 8 Absatz 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb an den Antragsgegner, wenn	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>a) der Antrag durch eine Stelle nach § 3 Absatz 1 Satz 1 des Unterlassungsklagengesetzes gestellt wurde und</p>	
<p>b) die Ansprüche der Verbraucher gegen den Unternehmer auf Grund der Zuwiderhandlung entstanden sind, gegen die sich der Unterlassungsanspruch richtet,</p>	
<p>2. die Erhebung einer Klage zur Durchsetzung von Unterlassungsansprüchen nach Nummer 1 gegen den Unternehmer, wenn</p>	
<p>a) die Klage durch eine Stelle nach § 3 Absatz 1 Satz 1 des Unterlassungsklagengesetzes erhoben wurde und</p>	
<p>b) die Ansprüche der Verbraucher gegen den Unternehmer auf Grund der Zuwiderhandlung entstanden sind, gegen die sich der Unterlassungsanspruch richtet,</p>	
<p>3. die Erhebung einer Musterfeststellungsklage nach dem Verbraucherrechterdurchsetzungsgesetz für die Ansprüche von Verbrauchern, denen derselbe Lebenssachverhalt zugrunde liegt wie den Feststellungszielen der Musterfeststellungsklage, wenn die Verbraucher ihren Anspruch zum Verbandsklageregister anmelden,</p>	
<p>4. die Erhebung einer Abhilfeklage nach dem Verbraucherrechterdurchsetzungsgesetz für Ansprüche, die Gegenstand der Abhilfeklage sind, wenn die Verbraucher ihren Anspruch zum Verbandsklageregister anmelden.</p>	
<p>Wurde dem Antragsgegner der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung nicht zugestellt, so tritt in Satz 1 Nummer 1 an die Stelle der Zustellung des Antrags die Einreichung des Antrags beim Gericht, sofern dem Antragsgegner die einstweilige Verfügung innerhalb eines Monats nach ihrer Verkündung oder nach ihrer Zustellung an den Antragsteller zugestellt wurde.</p>	

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>(2) Die Verjährung von Ansprüchen von Verbrauchern gegen Unternehmer wird auch gehemmt durch eine anhängige Verbandsklage im Sinne der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1) bei einem Gericht oder einer Behörde in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, die</p>	
<p>1. auf eine Unterlassungsentscheidung gerichtet ist, wenn</p>	
<p>a) die Klage von einer qualifizierten Einrichtung eingereicht wurde,</p>	
<p>b) Gegenstand der Klage eine Zuwiderhandlung des Unternehmers gegen solche Verbraucherschutzgesetze ist, die in den Anwendungsbereich der Richtlinie (EU) 2020/1828 fallen, und</p>	
<p>c) die Ansprüche der Verbraucher auf Grund derjenigen Zuwiderhandlung des Unternehmers entstanden sind, gegen die sich die Klage richtet,</p>	
<p>2. auf eine Abhilfeentscheidung gerichtet ist, wenn</p>	
<p>a) die Klage von einer qualifizierten Einrichtung eingereicht wurde,</p>	
<p>b) die Ansprüche der Verbraucher Gegenstand der Klage sind und diese Ansprüche auf Grund einer Zuwiderhandlung des Unternehmers gegen solche Verbraucherschutzgesetze entstanden sind, die in den Anwendungsbereich der Richtlinie (EU) 2020/1828 fallen, und</p>	
<p>c) die Verbraucher an der Klage teilnehmen.</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>(3) § 204 Absatz 2 Satz 1 ist entsprechend anzuwenden. Die Hemmung der Verjährung eines Anspruchs eines Verbrauchers nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und 4 sowie nach Absatz 2 Nummer 2 endet auch sechs Monate nach dem Zeitpunkt, zu dem der Verbraucher nicht mehr an der Klage teilnimmt, insbesondere durch die Rücknahme der Anmeldung zum Verbandsklageregister.</p>	
<p>(4) Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und 4 sowie Absatz 3 sind auch auf solche Unternehmer anzuwenden, die nach § 1 Absatz 2 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes Verbrauchern gleichgestellt werden.“</p>	
<i>Artikel 8</i>	<i>Artikel 9</i>
Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche	Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche
<p>Dem Artikel 229 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494; 1997 I S. 1061), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 31. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1966) geändert worden ist, wird folgender §... [einsetzen: nächste bei der Verkündung freie Zählbezeichnung] angefügt:</p>	<p>Dem Artikel 229 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494; 1997 I S. 1061), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 31. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1966) geändert worden ist, wird folgender §... [einsetzen: nächste bei der Verkündung freie Zählbezeichnung] angefügt:</p>

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
„§... [einsetzen: nächste bei der Verkündung freie Zählbezeichnung]	„§... [einsetzen: nächste bei der Verkündung freie Zählbezeichnung]
Überleitungsvorschrift zum Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz	Überleitungsvorschrift zum Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz
<p>Die Vorschriften über die Hemmung der Verjährung nach den §§ 204 und 204a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 sowie Absatz 3 und 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der ab dem 25. Juni 2023 geltenden Fassung sind auf die an diesem Tag bestehenden noch nicht verjährten Ansprüche anzuwenden. Für den Zeitraum vor dem 25. Juni 2023 richtet sich die Hemmung der Verjährung für diese Ansprüche nach den bis zu diesem Tag geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Vorschriften über die Hemmung der Verjährung nach § 204a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 und 4 und Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind nur auf diejenigen Ansprüche von Verbrauchern anzuwenden, die aufgrund solcher Zuwiderhandlungen eines Unternehmers nach § 2 des Unterlassungsklagengesetzes oder nach § 8 Absatz 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb entstanden sind, die nach dem Ablauf des 24. Juni 2023 begangen wurden. Für Ansprüche, die aufgrund von Zuwiderhandlungen entstanden sind, die ein Unternehmer vor dem 25. Juni 2023 begangen hat, richtet sich die Hemmung der Verjährung unabhängig davon, wann die Ansprüche entstanden sind, nach den vor dem 25. Juni 2023 geltenden Vorschriften. Die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend für die Regelungen über die Hemmung der Verjährung nach § 204a Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.“</p>	<p>Die Vorschriften über die Hemmung der Verjährung nach den §§ 204 und 204a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 sowie Absatz 3 und 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der ab dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 31 Absatz 1 dieses Gesetzes] geltenden Fassung sind auf die an diesem Tag bestehenden noch nicht verjährten Ansprüche anzuwenden. Für den Zeitraum vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 31 Absatz 1 dieses Gesetzes] richtet sich die Hemmung der Verjährung für diese Ansprüche nach den bis zu diesem Tag geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Vorschriften über die Hemmung der Verjährung nach § 204a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 und 4 und Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind nur auf diejenigen Ansprüche von Verbrauchern anzuwenden, die aufgrund solcher Zuwiderhandlungen eines Unternehmers nach § 2 des Unterlassungsklagengesetzes oder nach § 8 Absatz 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb entstanden sind, die nach dem Ablauf des ... [einsetzen: Datum des Tages vor dem Inkrafttreten nach Artikel 31 Absatz 1 dieses Gesetzes] begangen wurden. Für Ansprüche, die aufgrund von Zuwiderhandlungen entstanden sind, die ein Unternehmer vor dem 25. Juni 2023 begangen hat, richtet sich die Hemmung der Verjährung unabhängig davon, wann die Ansprüche entstanden sind, nach den vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 31 Absatz 1 dieses Gesetzes] geltenden Vorschriften. Die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend für die Regelungen über die Hemmung der Verjährung nach § 204a Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.“</p>

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<i>Artikel 9</i>	<i>Artikel 10</i>
Änderung des Unterlassungsklagengesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Unterlassungsklagengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 2002 (BGBl. I S. 3422, 4346), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1237) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In § 2 Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „Satz 1 Nummer 11“ durch die Angabe „Nummer 13“ ersetzt.	
2. § 2 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Verbraucherschutzgesetze im Sinne dieser Vorschrift sind insbesondere	
1. die Vorschriften des Bürgerlichen Rechts, die für folgende Verträge zwischen Unternehmern und Verbrauchern gelten:	
a) außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge,	
b) Fernabsatzverträge,	
c) Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr,	
d) Verbraucherverträge über digitale Produkte,	
e) Kaufverträge,	
f) Teilzeit-Wohnrechteverträge, Verträge über langfristige Urlaubsprodukte sowie Vermittlungsverträge und Tauschsystemverträge,	
g) Verbraucherdarlehensverträge, Finanzierungshilfen und Ratenlieferungsverträge,	
h) Bauverträge,	
i) Pauschalreiseverträge, Verträge über die Vermittlung von Reisen und verbundener Reiseleistungen,	
j) Darlehensvermittlungsverträge sowie	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
k) Zahlungsdiensteverträge,	
2. die Vorschriften des Fernunterrichts- schutzgesetzes,	
3. diejenigen Vorschriften des Telemediengesetzes, die das Verhältnis zwischen Anbietern von elektronischen Informations- und Kommunikationsdiensten und Verbrauchern regeln, die §§ 8, 9, 70, 74 und 98 des Medienstaatsvertrags vom 14. bis 28. April 2020, die §§ 4, 5, 5a, 5b und 6 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags vom 10. bis 27. September 2002, die §§ 10 und 11 des Deutsche-Welle-Gesetzes und die §§ 2, 3, 3b und 3e des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes,	
4. diejenigen Vorschriften des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes, die das Verhältnis zwischen Unternehmern und Verbrauchern regeln,	
5. die Vorschriften des Arzneimittelgesetzes, die das Verhältnis zwischen Unternehmern und Verbrauchern regeln,	
6. die §§ 3 bis 13 des Heilmittelwerbe- gesetzes,	
7. diejenigen Vorschriften des Kapitalanlagegesetz- buchs, die das Verhältnis zwischen Kapitalverwaltungsgesellschaften und Verbrauchern regeln,	
8. diejenigen Vorschriften des Abschnitts 11 des Wertpapierhandelsgesetzes, die das Verhältnis zwischen Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Verbrauchern regeln,	
9. die Vorschriften des Rechtsdienstleistungs- gesetzes,	
10. § 79 Absatz 2 und 3 sowie § 80 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes,	
11. die Vorschriften des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes,	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>12. § 2 Absatz 2 sowie die §§ 36 und 37 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes und Artikel 14 der Verordnung (EU) Nr. 524/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten) (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 1),</p>	
<p>13. die Vorschriften der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2; L 074 vom 4.3.2021, S. 35) in der jeweils geltenden Fassung, die für die Verarbeitung von Daten von Verbrauchern durch Unternehmer gelten,</p>	
<p>14. § 31 des Bundesdatenschutzgesetzes,</p>	
<p>15. diejenigen Vorschriften des Zahlungskontengesetzes, die das Verhältnis zwischen Zahlungsdienstleistern und Verbrauchern regeln,</p>	
<p>16. diejenigen Vorschriften des Telekommunikationsgesetzes, die das Verhältnis zwischen Anbietern von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsleistungen und Verbrauchern regeln,</p>	
<p>17. die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes,</p>	
<p>18. die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 2027/97 des Rates vom 9. Oktober 1997 über die Haftung bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr (ABl. L 285 vom 17.10.1997, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 889/2002 (ABl. L 140 vom 30.5.2002), geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
19. die Vorschriften der Preisangabenverordnung,	
20. die §§ 3 bis 7 des Produktsicherheitsgesetzes, § 7 des Gasgerätedurchführungsgesetzes, § 7 des PSA-Durchführungsgesetzes und die Vorschriften der Verordnung über elektrische Betriebsmittel, der Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug, der Verordnung über einfache Druckbehälter, der Maschinenverordnung, der Verordnung über Sportboote und Wassermotorräder, der Explosionsschutzverordnung, der Aufzugsverordnung, der Aerosolpackungsverordnung sowie der Druckgeräteverordnung, soweit diese Pflichten von Unternehmen zum Schutz der Verbraucher regeln,	
21. die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1381 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, soweit sie das Verhältnis zwischen Unternehmen und Verbrauchern regeln,	
22. die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über die gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91 (ABl. L 46 vom 17.2.2004, S. 1; L 119 vom 7.5.2019, S. 202) in der jeweils geltenden Fassung,	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>23. die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1107/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über die Rechte von behinderten Flugreisenden und Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität (ABl. L 204 vom 26.7.2006, S. 1; L 26 vom 26.1.2013, S. 34), in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>24. die Vorschriften der Verordnung (EU) 2021/782 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (ABl. L 172 vom 17.5.2021, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>25. Artikel 23 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft (ABl. L 293 vom 31.10.2008, S. 3), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2020/2115 (ABl. L 426 vom 17.12.2020, S. 4) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>26. die Artikel 1 bis 35 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1; L 16 vom 20.1.2011, S. 1; L 94 vom 10.4.2015, S. 9; L 349 vom 21.12.2016, S. 1; L 190 vom 27.7.2018, S. 20; L 55 vom 25.2.2019, S. 18; L 117 vom 3.5.2019, S. 8), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2021/1962 (ABl. L 400 vom 12.11.2021, S. 16) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>27. die §§ 20a, 36, 40 bis 41, 41b, 42, 53a und 111a des Energiewirtschaftsgesetzes,</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
28. die Vorschriften des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes, die das Verhältnis zwischen E-Geldinstituten und Verbrauchern regeln,	
29. die §§ 4, 5 des Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetzes,	
30. die §§ 1a, 6a, 7 bis 9, 59 Absatz 1 Satz 2 und 3 und Absatz 4 Satz 2, die §§ 152, 154 und 155, auch in Verbindung mit den §§ 176 und 177 Absatz 1 des Versicherungsvertragsgesetzes,	
31. die VVG-Informationspflichtenverordnung,	
32. die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 392/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 24), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1243 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,	
33. die Vorschriften der Verordnung (EU) 2021/1230 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 über grenzüberschreitende Zahlungen in der Union (ABl. L 274 vom 30.7.2021, S. 20), in der jeweils geltenden Fassung,	
34. die Artikel 4 bis 7 der Verordnung (EU) 2020/740 vom 25. Mai 2020 über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere Parameter, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1369 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung vom 7. Juli 2017 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1222/2009 (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 1; L 241 vom 27.7.2020, S. 46; L 147 vom 30.4.2021, S. 23; L 382 vom 28.10.2021, S. 52), in der jeweils geltenden Fassung,	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>35. die Artikel 3 bis 8 und die Artikel 19 bis 21 der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über kosmetische Mittel (ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 59; L 318 vom 15.11.2012, S. 74; R 072 vom 15.3.2013, S. 16), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/135 (ABl. L 22 vom 1.2.2022, S. 2) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>36. die Artikel 9 und 10 der Verordnung (EG) Nr. 66/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über das EU-Umweltzeichen (ABl. L 27 vom 30.1.2010, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2017/1941 (ABl. L 275 vom 25.10.2017, S. 9) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>37. die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>38. die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 181/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung,</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>39. die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission (ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 18; L 331 vom 18.11.2014, S. 41; L 50 vom 21.2.2015, S. 48; L 266 vom 30.9.2016, S. 7), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2015/2283 (ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>40. die §§ 4 bis 11 der Verordnung über Heizkostenabrechnung, die §§ 3 bis 5 der Fernwärme- oder Fernkälte-Verbrauchserfassungs- und -Abrechnungsverordnung und die §§ 29 bis 32 des Messstellenbetriebsgesetzes,</p>	
<p>41. die §§ 11 bis 18 der Gasgrundversorgungsverordnung,</p>	
<p>42. die §§ 11 bis 18 der Stromgrundversorgungsverordnung,</p>	
<p>43. die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 22), die durch die Verordnung (EU) Nr. 248/2014 (ABl. L 84 vom 20.3.2014, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
44. die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (ABl. L 172 vom 30.6.2012, S. 10), in der jeweils geltenden Fassung,	
45. die Vorschriften des Mess- und Eichgesetzes sowie der Mess- und Eichverordnung, soweit sie das Verhältnis zwischen Unternehmern und Verbrauchern regeln,	
46. die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) (ABl. L 352 vom 9.12.2014, S. 1; L 358 vom 13.12.2014, S. 50), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2021/2259 (ABl. L 455 vom 20.12.2021, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,	
47. die Vorschriften der Verordnung (EU) 2015/760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über europäische langfristige Investmentfonds (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 98), die durch die Delegierte Verordnung (EU) 2018/480 (ABl. L 81 vom 23.3.2018, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,	
48. die Vorschriften der Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet und zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten sowie der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (ABl. L 310 vom 26.11.2015, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2018/1971 (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>49. die Vorschriften des Kapitels II der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1; L 117 vom 3.5.2019, S. 9; L 334 vom 27.12.2019, S. 165; L 241 vom 8.7.2021, S. 7), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/561 (ABl. L 130 vom 24.4.2020, S. 18) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>50. die Vorschriften des Kapitels II der Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176; L 117 vom 3.5.2019, S. 11; L 334 vom 27.12.2019, S. 167; L 233 vom 1.7.2021, S. 9), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/112 (ABl. L 019 vom 28.1.2022, S. 3) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>51. die Vorschriften der Verordnung (EU) 2017/1128 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 zur grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhaltendiensten im Binnenmarkt (ABl. L 168 vom 30.6.2017, S. 1; L 198 vom 28.7.2017, S. 42), in der jeweils geltenden Fassung,</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>52. die Vorschriften der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist, und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/71/EG (ABl. L 168 vom 30.6.2017, S. 12), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2021/528 (ABl. L 106 vom 26.3.2021, S. 32) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>53. die Vorschriften der Verordnung (EU) 2017/1131 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über Geldmarktfonds (ABl. L 169 vom 30.6.2017, S. 8), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2018/990 (ABl. L 177 vom 13.7.2018, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>54. die Artikel 3 bis 6 der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/740 (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p>	
<p>55. die Artikel 3 bis 5 der Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 60 I vom 2.3.2018, S. 1; L 66 vom 8.3.2018, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung,</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
56. die Vorschriften der Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung und	
57. die Vorschriften der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung.“	
3. Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:	
„§ 2a	
Unterlassungsanspruch bei Verstößen innerhalb der Europäischen Union	
Wer einen Verstoß im Sinne des Artikels 3 Nummer 5 der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 1), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2019/771 (ABl. L 136 vom 22.5.2019, S. 28) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, begeht, kann auf Unterlassung in Anspruch genommen werden.“	
4. Der bisherige § 2a wird § 2b.	
5. Der bisherige § 2b wird § 2c und in Satz 1 wird die Angabe „§ 2a“ durch die Angabe „§ 2b“ ersetzt.	
6. Nach § 2c wird folgende Überschrift des Abschnitts 2 eingefügt:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
„Abschnitt 2	
Anspruchsberechtigte Stellen“.	
7. § 3 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:	
aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „2“ durch die Angabe „2a“ ersetzt.	
bbb) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:	
„1. den qualifizierten Verbraucherverbänden, die in der Liste nach § 4 eingetragen sind, und den qualifizierten Einrichtungen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in dem Verzeichnis der Europäischen Kommission nach Artikel 5 Absatz 1 Satz 4 der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1) eingetragen sind,“.	
bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
„Für Ansprüche nach § 2a wird unwiderleglich vermutet, dass ein nach § 7 Absatz 3 des EU-Verbraucherschutzdurchführungsgesetzes benannter qualifizierter Wirtschaftsverband die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 2 erfüllt.“	
b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:	
„(2) Qualifizierte Verbraucherverbände und qualifizierte Wirtschaftsverbände nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 können die Ansprüche nach den §§ 1 bis 2a nicht geltend machen, solange ihre Eintragung ruht. Die Ansprüche nach den §§ 1 bis 2a können nur an Stellen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 abgetreten werden.“	
c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.	
8. § 3a wird wie folgt geändert:	
a) In der Überschrift wird die Angabe „§ 2a“ durch die Angabe „§ 2b“ ersetzt.	
b) In Satz 1 wird die Angabe „§ 2a“ durch die Angabe „§ 2b“ ersetzt.	
9. § 4 wird wie folgt geändert:	
a) In der Überschrift wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
bb) Satz 2 wird aufgehoben.	
c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
„Die Entscheidung über den Eintragungsantrag ist dem Antragsteller zuzustellen.“	
bb) In Satz 2 werden die Wörter „eines wirksamen Bescheides“ durch die Wörter „einer wirksamen dem Antrag stattgebenden Entscheidung“ ersetzt.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
d) In Absatz 4 werden die Wörter „einer qualifizierten Einrichtung, die“ durch die Wörter „einem qualifizierten Verbraucherverband, der“ ersetzt.	
10. § 4a wird wie folgt geändert:	
a) Der Überschrift werden die Wörter „in der Liste nach § 4“ angefügt.	
b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „eine qualifizierte Einrichtung, die“ durch die Wörter „ein qualifizierter Verbraucherverband, der“ ersetzt.	
bb) In Nummer 1 wird das Wort „ihrer“ durch das Wort „seiner“ ersetzt.	
c) In Absatz 2 werden die Wörter „eine qualifizierte Einrichtung, die“ durch die Wörter „ein qualifizierter Verbraucherverband, der“ ersetzt.	
d) In Absatz 3 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
11. § 4b wird wie folgt geändert:	
a) Der Überschrift werden die Wörter „der qualifizierten Verbraucherverbände“ angefügt.	
b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
„Die qualifizierten Verbraucherverbände, die in der Liste nach § 4 eingetragen sind, sind verpflichtet, dem Bundesamt für Justiz bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahres für das vergangene Kalenderjahr zu berichten über	
1. die Anzahl der von ihnen ausgesprochenen Abmahnungen zur Durchsetzung ihrer Ansprüche unter Angabe der den Abmahnungen zugrunde liegenden Zuwiderhandlungen,	

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
2. die Anzahl der auf Grund von Abmahnungen vereinbarten strafbewehrten Unterlassungsverpflichtungen und die Höhe der vereinbarten Vertragsstrafen,	
3. die Gesamthöhe der entstandenen Ansprüche auf Aufwendungsersatz für Abmahnungen und die Gesamthöhe der Ansprüche auf verwirkte Vertragsstrafen sowie	
4. die Anzahl ihrer Mitglieder zum 31. Dezember und deren Bezeichnung.“	
bb) In Satz 2 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
c) In Absatz 2 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
d) In Absatz 3 werden die Wörter „eine qualifizierte Einrichtung, die“ durch die Wörter „ein qualifizierter Verbraucherverband, der“ ersetzt.	
12. § 4c wird wie folgt geändert:	
a) Der Überschrift werden die Wörter „in der Liste nach § 4“ angefügt.	
b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	
„(1) Die Eintragung eines qualifizierten Verbraucherverbands in der Liste nach § 4 ist mit Wirkung für die Zukunft aufzuheben, wenn	
1. der qualifizierte Verbraucherverband dies beantragt oder	
2. bei dem qualifizierten Verbraucherverband die Voraussetzungen für die Eintragung in der Liste nach § 4 Absatz 2 Satz 1 nicht vorlagen oder weggefallen sind.“	
c) In Absatz 4 werden die Wörter „einer qualifizierten Einrichtung“ durch die Wörter „eines qualifizierten Verbraucherverbandes“ ersetzt.	
13. Die §§ 4d und 4e werden wie folgt gefasst:	

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
„§ 4d	
Liste der qualifizierten Einrichtungen für grenzüberschreitende Verbandsklagen	
<p>(1) Das Bundesamt für Justiz führt eine Liste der qualifizierten Einrichtungen, die grenzüberschreitende Verbandsklagen nach Artikel 3 Nummer 7 der Richtlinie (EU) 2020/1828 erheben können. Es veröffentlicht die Liste in ihrer jeweils aktuellen Fassung auf seiner Internetseite. Es teilt der Europäischen Kommission zum 1. Dezember 2023 die bestehenden qualifizierten Einrichtungen unter Angabe des Namens oder der Firma und des satzungsmäßigen Zwecks mit und unterrichtet sie unverzüglich, wenn</p>	
1. eine qualifizierte Einrichtung in die Liste neu eingetragen wurde,	
2. die Eintragung einer qualifizierten Einrichtung in der Liste aufgehoben wurde,	
3. der Name oder der Satzungszweck einer qualifizierten Einrichtung geändert wurde.	
<p>(2) Eine nach inländischem Recht gegründete juristische Person des Privatrechts wird auf ihren Antrag in die Liste der qualifizierten Einrichtungen eingetragen, wenn</p>	
1. ihr Satzungszweck auf den Schutz von Verbraucherinteressen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinie (EU) 2020/1828 fallen, und nicht auf einen Erwerbzzweck gerichtet ist,	
2. sie vor der Antragstellung mindestens ein Jahr zum Schutz von Verbraucherinteressen öffentlich tätig war,	
3. sie nicht aufgelöst werden muss oder aufgelöst wurde, insbesondere durch die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder durch die Rechtskraft des Beschlusses, durch den die Eröffnung des Insolvenzverfahrens abgelehnt wurde,	
4. sie durch interne Verfahren sicherstellt, dass	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
a) sie nicht unter dem Einfluss von anderen Personen als Verbrauchern steht, insbesondere nicht unter dem Einfluss von Unternehmern, die ein wirtschaftliches Interesse an Verbandsklagen nach der Richtlinie (EU) 2020/1828 haben, und	
b) Konflikte zwischen den Interessen Dritter, die Verbandsklagen nach der Richtlinie (EU) 2020/1828 aus wirtschaftlichem Interesse finanzieren, und den mit den finanzierten Klagen verfolgten Verbraucherinteressen vermieden werden und	
5. sie auf ihrer Internetseite klare und verständliche Angaben veröffentlicht zu	
a) ihrer Rechtsform,	
b) ihrem Satzungszweck,	
c) ihrer Mitglieder- und Organisationsstruktur, insbesondere zu ihren Geschäftsführungsorganen,	
d) ihren Tätigkeiten,	
e) den internen Verfahren nach Nummer 4 sowie	
f) ihrer Finanzierung im Allgemeinen.	
Aus den Angaben nach Satz 1 Nummer 5 muss für die Öffentlichkeit auch erkennbar sein, dass die qualifizierte Einrichtung alle Eintragungsvoraussetzungen nach Satz 1 erfüllt.	
(3) Die Entscheidung über den Eintragungsantrag ist der Antragstellerin zuzustellen. Auf der Grundlage einer wirksamen, dem Antrag stattgebenden Entscheidung ist die juristische Person mit folgenden Angaben in die Liste einzutragen:	
1. Name,	
2. Anschrift und	
3. satzungsmäßiger Zweck.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
Ist die qualifizierte Einrichtung in einem Register eingetragen, so sind auch die Registernummer und die registerführende Stelle in der Liste anzugeben. § 4 Absatz 4 ist entsprechend anzuwenden.	
§ 4e	
Überprüfung und Aufhebung einer Eintragung in der Liste nach § 4d	
(1) Für die Überprüfung, ob eine qualifizierte Einrichtung, die in die Liste nach § 4d eingetragen ist, die Eintragungsvoraussetzungen nach § 4d Absatz 2 Satz 1 erfüllt, ist § 4a Absatz 1 und 3 entsprechend anzuwenden.	
(2) Das Bundesamt für Justiz ist verpflichtet, die Eintragung einer qualifizierten Einrichtung in der Liste nach § 4d auch dann zu überprüfen, wenn die Europäische Kommission oder ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union um die Überprüfung der Eintragung ersucht.	
(3) Die Eintragung einer qualifizierten Einrichtung in die Liste nach § 4d ist aufzuheben, wenn	
1. die qualifizierte Einrichtung dies beantragt oder	
2. die Voraussetzungen für die Eintragung nach § 4d Absatz 2 nicht vorlagen oder weggefallen sind.	
§ 4c Absatz 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.“	
14. Nach § 4e wird folgender § 4f eingefügt:	
„§ 4f	
Verordnungsermächtigung	
Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten zu regeln zu	

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
1. der Eintragung von eingetragenen Vereinen in die Liste der qualifizierten Verbraucherverbände nach § 4, insbesondere zu den in dem Verfahren bestehenden Mitwirkungs- und Nachweispflichten,	
2. der Überprüfung und Aufhebung von Eintragungen eines qualifizierten Verbraucherverbands in der Liste der qualifizierten Verbraucherverbände nach § 4, insbesondere zu den in diesem Verfahren bestehenden Mitwirkungs- und Nachweispflichten,	
3. den Berichtspflichten der qualifizierten Verbraucherverbände nach § 4b Absatz 1 und	
4. der Eintragung von juristischen Personen in die Liste der qualifizierten Einrichtungen für grenzüberschreitende Verbandsklagen nach § 4d, insbesondere zu den in diesem Verfahren bestehenden Mitwirkungs- und Nachweispflichten sowie	
5. der Überprüfung und Aufhebung von Eintragungen einer qualifizierten Einrichtung in der Liste, insbesondere zu den in diesem Verfahren bestehenden Mitwirkungs- und Nachweispflichten.“	
15. Der bisherige Abschnitt 2 wird Abschnitt 3.	
16. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
„§ 5a	
Informationspflichten der qualifizierten Verbraucherverbände und qualifizierten Einrichtungen zu gerichtlichen Verfahren im Inland	
(1) Anspruchsberechtigte Stellen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, die Unterlassungsansprüche nach den §§ 1, 2 oder 2a im Inland gerichtlich geltend machen, haben auf ihrer Internetseite spätestens mit der Einreichung des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung oder mit der Einreichung einer Klage beim Gericht über den jeweils aktuellen Stand des Verfahrens zu berichten. Zu dem Verfahren sind dort während dessen Dauer mindestens folgende bekannte Tatsachen unverzüglich zu veröffentlichen:	
1. der Name oder die Firma und die Anschrift des Unternehmers, gegen den sich der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung oder die Klage richtet,	
2. die behauptete Zuwiderhandlung des Unternehmers, zu deren Verhinderung oder Beendigung die einstweilige Verfügung beantragt oder die Klage eingereicht wurde,	
3. das Datum der Einreichung des Antrags auf Erlass der einstweiligen Verfügung oder der Klage beim Gericht,	
4. die Zustellung des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung oder der einstweiligen Verfügung an den Antragsgegner oder das Datum der Klageerhebung,	
5. das Aktenzeichen des gerichtlichen Verfahrens,	
6. der Hinweis, dass die einstweilige Verfügung oder die Klage im Verbandsklageregister bekannt gemacht ist und	
7. das Datum der Beendigung des Verfahrens und die Art der Verfahrensbeendigung.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
(2) Wurde ein in Absatz 1 genanntes Verfahren durch unanfechtbaren Beschluss oder unanfechtbares Urteil beendet, so ist der Beschluss oder das Urteil mindestens sechs Monate auf der Internetseite der anspruchsberechtigten Stelle zu veröffentlichen.	
(3) Die Kosten der Veröffentlichungen auf der Internetseite nach den Absätzen 1 und 2 sind Kosten des Rechtsstreits.“	
17. § 6 wird wie folgt geändert:	
a) In der Überschrift werden die Wörter „und Verfahren“ angefügt.	
b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 wird das Wort „Landgericht“ durch das Wort „Oberlandesgericht“ ersetzt.	
bb) Folgender Satz wird angefügt:	
„Das Oberlandesgericht entscheidet nach den für das erstinstanzliche Verfahren geltenden Vorschriften.“	
c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Gegen die Urteile der Oberlandesgerichte findet die Revision wie gegen Berufungsurteile der Oberlandesgerichte statt.“	
18. Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:	
„§ 6a	
Bekanntmachungen im Verbandsklageregister zu einstweiligen Verfügungen und Klagen zur Durchsetzung von Unterlassungsansprüchen	
(1) Das Gericht macht zu einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, der durch eine anspruchsberechtigte Stelle nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 zur Sicherung oder Regelung von Ansprüchen nach den §§ 1 bis 2a gestellt wurde, unverzüglich nach der Zustellung des Antrags an den Antragsgegner Folgendes im Verbandsklageregister bekannt:	
1. die Bezeichnung des Antragstellers und des Antraggegners,	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
2. die Bezeichnung des Gerichts,	
3. das Aktenzeichen des Verfahrens,	
4. die Angabe der behaupteten Zuwiderhandlung, die Anlass des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ist,	
5. das Datum des Eingangs des Antrags auf Erlass der einstweiligen Verfügung beim Gericht und	
6. das Datum der Zustellung des Antrags auf Erlass der einstweiligen Verfügung an den Antragsgegner.	
<p>Wurde die einstweilige Verfügung erlassen, ohne dass der Antrag auf Erlass der einstweiligen Verfügung dem Antragsgegner zugestellt wurde, so sind die Angaben nach Satz 1 unverzüglich nach dem Erlass der einstweiligen Verfügung bekanntzumachen; an die Stelle der Angabe nach Satz 1 Nummer 6 tritt das Datum des Erlasses der einstweiligen Verfügung. In den Fällen des Satzes 2 hat der Antragsteller ergänzend die Zustellung der einstweiligen Verfügung im Verbandsklageregister bekannt zu machen. Die Bekanntmachung nach Satz 3 ist unverzüglich, nachdem dem Antragsteller die Zustellung bekannt ist, beim Bundesamt für Justiz zu beantragen. Dem Antrag sind eine Abschrift der einstweiligen Verfügung und der Zustellungsnachweis beizufügen.</p>	
<p>(2) Zu einer Klage einer anspruchsberechtigten Stelle nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 zur Durchsetzung eines Anspruchs nach den §§ 1 bis 2a ist vom Gericht im Verbandsklageregister unverzüglich nach der Erhebung der Klage bekannt zu machen:</p>	
1. die Bezeichnung der Parteien,	
2. die Bezeichnung des Gerichts,	
3. das Aktenzeichen der Klage,	
4. die Angabe der behaupteten Zuwiderhandlung, gegen die die Klage gerichtet ist,	
5. das Datum der Anhängigkeit der Klage und	
6. das Datum der Rechtshängigkeit der Klage.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
(3) Unverzüglich bekanntzumachen sind durch das Gericht, bei dem das Verfahren beendet wurde, auch das Datum der Beendigung des Verfahrens und die Art der Beendigung. Wurde das Verfahren durch eine rechtskräftige Entscheidung beendet, so ist auch die Entscheidung bekannt zu machen.“	
19. Der bisherige Abschnitt 3 wird Abschnitt 4.	
20. § 13 wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 1 werden die Wörter „ihrer Ansprüche nach den §§ 1 bis 2a oder nach § 4e“ durch die Wörter „eines Anspruchs nach den §§ 1 bis 2b“ ersetzt.	
b) In Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „§§ 1 bis 2a oder nach § 4e“ durch die Angabe „§§ 1 bis 2b“ ersetzt.	
21. In § 13a werden die Wörter „§§ 1 bis 2e oder nach § 4e“ durch die Angabe „§§ 1 bis 2b“ ersetzt.	
22. Die bisherigen Abschnitte 4 bis 6 werden die Abschnitte 5 bis 7.	
23. § 14 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b wird wie folgt gefasst:	
„b) die Verordnung (EU) 2021/1230 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 über grenzüberschreitende Zahlungen in der Union (kodifizierter Text) (ABl. L 274 vom 30.7.2021, S. 20)“.	
24. § 16 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 1 werden die Wörter „§ 4b Absatz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 4d Nummer 2,“ durch die Wörter „§ 4b Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 4f Nummer 3,“ und wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.	
b) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 4d Nummer 1“ durch die Wörter „§ 4f Nummer 1 oder 2“ und der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	
c) Die folgenden Nummern 3 bis 5 werden angefügt:	

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
„3. entgegen § 5a Absatz 1 Satz 2 eine Tatsache nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig veröffentlicht,	
4. entgegen § 5a Absatz 2 einen Beschluss oder ein Urteil nicht oder nicht mindestens sechs Monate veröffentlicht oder	
5. entgegen § 6a Absatz 1 Satz 3 die dort genannte Zustellung nicht oder nicht rechtzeitig bekannt macht.“	
25. Der bisherige Abschnitt 7 wird Abschnitt 8.	
26. Folgender § 18 wird angefügt:	
„§ 18	
Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1820 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG	
(1) Die Liste der qualifizierten Einrichtungen nach § 4 wird in „Liste der qualifizierten Verbraucherverbände nach § 4“ umbenannt. Die in dieser Liste eingetragenen qualifizierten Einrichtungen werden zu qualifizierten Verbraucherverbänden.	
(2) § 6a ist nur auf Anträge auf Erlass einstweiliger Verfügungen und auf Klagen anzuwenden, die Zuwiderhandlungen betreffen, die nach dem 24. Juni 2023 drohen oder stattfanden.“	
<i>Artikel 10</i>	Artikel 11
Änderung der Verordnung zu qualifizierten Einrichtungen und qualifizierten Wirtschaftsverbänden	u n v e r ä n d e r t
Die Verordnung zu qualifizierten Einrichtungen und qualifizierten Wirtschaftsverbänden vom 7. Juni 2021 (BGBl. I S. 1832, 4832) wird wie folgt geändert:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
1. In der Überschrift des Abschnitts 1 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
2. In der Überschrift des Unterabschnitts 1 des Abschnitts 1 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
3. § 1 wird wie folgt geändert:	
a) In der Überschrift wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
b) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Dem Antrag muss eine Kopie der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Vereinssatzung beigelegt werden.“	
d) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) Satz 3 wird aufgehoben.	
bb) Der neue Satz 3 wird wie folgt gefasst:	
„Dem Antrag nach Satz 2 sind Nachweise über die bewilligten öffentlichen Fördermittel für das Kalenderjahr der Antragstellung beizufügen.“	
4. In der Überschrift des Unterabschnitts 2 des Abschnitts 1 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
5. § 7 wird wie folgt geändert:	
a) In der Überschrift wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	
„(1) Ein qualifizierter Verbraucherverband hat dem Bundesamt für Justiz unverzüglich Folgendes mitzuteilen:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
1. jede Änderung seiner Angaben, die nach § 4 Absatz 3 Satz 2 des Unterlassungsklagengesetzes in der Liste der qualifizierten Verbraucherverbände eingetragen sind, und	
2. den Wegfall einer Voraussetzung nach § 4 Absatz 2 des Unterlassungsklagengesetzes für seine Eintragung in der Liste der qualifizierten Verbraucherverbände.“	
c) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
„Jeweils zum 30. Juni eines Jahres hat ein qualifizierter Verbraucherverband, der nicht unter § 4 Absatz 2 Satz 2 des Unterlassungsklagengesetzes fällt, beim Bundesamt für Justiz eine den Anforderungen des § 2 Absatz 1 entsprechende Liste der Personen und Verbände einzureichen, die zum 31. Dezember des vorangegangenen Jahres Mitglieder des qualifizierten Verbraucherverbands waren.“	
6. § 8 wird wie folgt geändert:	
a) In der Überschrift werden die Wörter „Antrag auf“ gestrichen und werden die Wörter „der qualifizierten Verbraucherverbände auf Antrag“ angefügt.	
b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	
„(1) Der Antrag nach § 4c Absatz 1 Nummer 1 des Unterlassungsklagengesetzes auf Aufhebung der Eintragung in der Liste ist vom qualifizierten Verbraucherverband schriftlich zu stellen.“	
c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
„Das Bundesamt für Justiz hat die Eintragung in der Liste unverzüglich nach Eingang des Antrags des qualifizierten Verbraucherverbands durch Bescheid aufzuheben.“	
bb) In Satz 2 werden die Wörter „der qualifizierten Einrichtung“ durch die Wörter „dem qualifizierten Verbraucherverband“ ersetzt.	

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
d) In Absatz 3 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Verbraucherverbände“ ersetzt.	
7. § 9 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „einer qualifizierten Einrichtung, die“ durch die Wörter „einem qualifizierten Verbraucherverband, der“ ersetzt.	
bb) In Satz 2 wird nach den Wörtern „§ 1 Absatz 3 Satz 3“ die Angabe „und 4“ gestrichen.	
b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „den anderen qualifizierten Einrichtungen, die nicht unter Absatz 2 fallen“ durch die Wörter „einem qualifizierten Verbraucherverband, der nicht unter Absatz 2 fällt“ ersetzt.	
bb) In Satz 3 in dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „den anderen qualifizierten Einrichtungen“ durch die Wörter „dem qualifizierten Verbraucherverband“ ersetzt.	
8. Nach § 17 wird folgender Abschnitt 3 eingefügt:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
„Abschnitt 3	
Liste der qualifizierten Einrichtungen für grenzüberschreitende Verbandsklagen nach § 4d des Unterlassungsklagengesetzes	
§ 18	
Antrag auf Eintragung in die Liste der qualifizierten Einrichtungen nach § 4d des Unterlassungsklagengesetzes	
(1) Der Antrag einer juristischen Person auf Eintragung in die Liste der qualifizierten Einrichtungen für grenzüberschreitende Verbandsklagen nach § 4d Absatz 1 des Unterlassungsklagengesetzes ist schriftlich zu stellen. Er muss Folgendes enthalten:	
1. den Namen, eine ladungsfähige Anschrift, eine Telefonnummer und, sofern vorhanden, eine E-Mail-Adresse der juristischen Person,	
2. das zuständige Registergericht und die Registernummer, wenn die juristische Person im Vereins-, Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen ist,	
3. die Namen und Anschriften der Mitglieder des Vertretungsorgans der juristischen Person und Angaben zu ihrer Vertretungsberechtigung,	
4. das Datum der Entstehung der juristischen Person,	
5. Angaben zum Zweck und zu den satzungsmäßigen Aufgaben der juristischen Personen sowie die Angabe, ob der verfolgte Zweck steuerbegünstigt ist,	
6. Angaben zu den internen Verfahren, durch die gewährleistet werden soll, dass	
a) die juristische Person bei der Erhebung von Verbandsklagen nicht unter dem Einfluss anderer Personen als Verbrauchern steht,	
b) Konflikte zwischen den Interessen Dritter, die Verbandsklagen finanzieren, vermieden werden und	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
7. die Adressen der Internetseiten, auf denen die Angaben nach § 4d Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 des Unterlassungsklagengesetzes veröffentlicht sind und die für die Veröffentlichungen nach § 5a des Unterlassungsklagengesetzes genutzt werden sollen.	
(2) Dem Antrag müssen folgende Unterlagen beigefügt werden:	
1. Unterlagen, aus denen sich ergibt, wann die juristische Person entstanden ist und dass sie nicht aufgelöst wurde, wenn sie nicht im Vereins-, Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen ist,	
2. eine Kopie der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Satzung der juristischen Person und	
3. Ausdrücke der Internetseiten, auf denen die Angaben nach § 4d Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 des Unterlassungsklagengesetzes veröffentlicht sind.	
Verfolgt die juristische Person gemeinnützige Zwecke, so ist dem Antrag auch eine Kopie der Bescheinigung des zuständigen Finanzamts über die satzungsmäßigen Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit nach § 60a der Abgabenordnung beizufügen.	
(3) Das Bundesamt für Justiz kann vom Antragsteller zur Prüfung und zum Nachweis der Eintragungsvoraussetzungen ergänzende Angaben und Unterlagen verlangen, insbesondere, um die Richtigkeit der Angaben auf der nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 mitgeteilten Internetseite zu überprüfen.	
§ 19	
Mitteilungspflichten der qualifizierten Einrichtungen	
Die qualifizierten Einrichtungen haben dem Bundesamt für Justiz unverzüglich Folgendes mitzuteilen:	

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
1. jede Änderung ihrer Angaben, die nach § 4d Absatz 3 Satz 2 des Unterlassungsklagengesetzes in der Liste der qualifizierten Einrichtungen für grenzüberschreitende Verbandsklagen eingetragen sind und	
2. den Wegfall einer der in § 4d Absatz 2 des Unterlassungsklagengesetzes geregelten Voraussetzungen für die Eintragung in die Liste der qualifizierten Einrichtungen für grenzüberschreitende Verbandsklagen.	
§ 20	
Aufhebung der Eintragung in der Liste der qualifizierten Einrichtungen auf Antrag	
Für das Verfahren der Aufhebung einer Eintragung in der Liste der qualifizierten Einrichtungen für grenzüberschreitende Verbandsklagen auf einen Antrag nach § 4e Absatz 1 oder § 4c Absatz 1 Nummer 1 des Unterlassungsklagengesetzes ist § 8 entsprechend anzuwenden.	
§ 21	
Überprüfung einer Eintragung in der Liste der qualifizierten Einrichtungen	
(1) Das Bundesamt für Justiz leitet nach § 4e des Unterlassungsklagengesetzes ein Verfahren zur Überprüfung der Eintragung in der Liste der qualifizierten Einrichtungen für grenzüberschreitende Verbandsklagen unverzüglich ein, wenn die Voraussetzungen für eine Überprüfung nach § 4e Absatz 1 oder Absatz 2 vorliegen.	
(2) Im Verfahren zur Überprüfung der Eintragung kann das Bundesamt für Justiz von der qualifizierten Einrichtung Folgendes verlangen:	
1. die für die Überprüfung der Eintragungsvoraussetzungen erforderlichen Angaben und Nachweise nach § 18 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 und 3 sowie	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
2. eine Übersicht über die erhobenen Verbandsklagen nach dem Verbraucherschlichtungsgesetz, aus der auch der Verfahrensstand oder die Art der Beendigung des Verfahrens hervorgeht.	
(3) Die Angaben und Nachweise nach Absatz 2 sind innerhalb eines Monats nach Aufforderung durch das Bundesamt für Justiz vorzulegen. Auf Antrag kann das Bundesamt für Justiz die Frist verlängern.“	
9. Der bisherige Abschnitt 3 wird Abschnitt 4.	
10. Die bisherigen §§ 18 und 19 werden die §§ 22 und 23.	
11. Der bisherige Abschnitt 4 wird Abschnitt 5.	
12. Der bisherige § 20 wird § 24 und wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 1 werden die Wörter „oder nach § 9 Absatz 3“ durch die Wörter „§ 9 Absatz 3 oder § 21 Absatz 2“ ersetzt.	
b) In Absatz 2 wird die Angabe „Nummer 3“ durch die Angabe „Nummer 5“ ersetzt.	
13. Der bisherige § 21 wird § 25.	
<i>Artikel 11</i>	<i>Artikel 12</i>
Änderung des Unternehmensbasisdatenregistergesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe b Doppelbuchstabe ee des Unternehmensbasisdatenregistergesetzes vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2506), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2727) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	
„ee) Verfahren zur Eintragung in die Listen nach den §§ 4 und 4d des Unterlassungsklagengesetzes und nach § 8b des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb sowie Verfahren zur Überprüfung der Eintragungen in diesen Listen,“.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<i>Artikel 12</i>	<i>Artikel 13</i>
Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb	u n v e r ä n d e r t
Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2010 (BGBl. I S. 254), das zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 24. Juni 2022 (BGBl. I S. 959) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In § 5 Absatz 4 werden die Wörter „Absatz 1 Satz 2“ durch die Angabe „Absatz 2“ ersetzt.	
2. § 8 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 3 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:	
<p>„3. den qualifizierten Verbraucherverbänden, die in der Liste nach § 4 des Unterlassungsklagengesetzes eingetragen sind, und den qualifizierten Einrichtungen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in dem Verzeichnis der Europäischen Kommission nach Artikel 5 Absatz 1 Satz 4 der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1) eingetragen sind,“.</p>	
b) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>„(5) § 13 des Unterlassungsklagengesetzes ist entsprechend anzuwenden; in § 13 Absatz 1 und 3 Satz 2 des Unterlassungsklagengesetzes treten an die Stelle der dort aufgeführten Ansprüche nach dem Unterlassungsklagengesetzes die Ansprüche nach dieser Vorschrift. Macht eine anspruchsberechtigte Stelle nach Absatz 3 Nummer 3 Ansprüche nach Absatz 1 gerichtlich geltend, so sind die §§ 5a und 6a des Unterlassungsklagengesetzes entsprechend anzuwenden. Im Übrigen findet das Unterlassungsklagengesetz keine Anwendung, es sei denn, es liegt ein Fall des § 2a des Unterlassungsklagengesetzes vor.“</p>	
<p>3. § 8b Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„(3) Die Vorschriften für qualifizierte Verbraucherverbände in § 4 Absatz 3 und 4 und in den §§ 4a bis 4c und 4f des Unterlassungsklagengesetzes sind auf die qualifizierten Wirtschaftsverbände entsprechend anzuwenden. Ergänzend zu den Berichtspflichten der qualifizierten Wirtschaftsverbände nach § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Unterlassungsklagengesetzes sind auch die Anzahl der gestellten Anträge auf Erlass von einstweiligen Verfügungen und die Anzahl der erhobenen Klagen zur Durchsetzung der in dieser Vorschrift genannten Ansprüche anzugeben.“</p>	
<p>4. § 10 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) Nach dem Wort „vorsätzlich“ werden die Wörter „oder grob fahrlässig“ eingefügt.</p>	
<p>bb) Folgender Satz wird angefügt:</p>	
<p>„Ist zwischen den Parteien streitig, ob durch die unzulässige geschäftliche Handlung zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern ein Gewinn erzielt wurde oder wie hoch der erzielte Gewinn ist, so entscheidet hierüber das Gericht unter Würdigung aller Umstände nach freier Überzeugung.“</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „die zuständige Stelle des Bundes“ durch die Wörter „das Bundesamt für Justiz“ ersetzt.	
c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „der zuständigen Stelle des Bundes“ durch die Wörter „dem Bundesamt für Justiz“ ersetzt.	
bb) Die Sätze 2 und 3 werden aufgehoben.	
d) Absatz 5 wird durch die folgenden Absätze 5 und 6 ersetzt:	
<p>„(5) Haben die Gläubiger einen Anspruch gegen den Schuldner auf Ersatz der für die Geltendmachung des Anspruchs erforderlichen Aufwendungen und können sie vom Schuldner keinen Ausgleich erlangen, so können sie die Erstattung dieser Aufwendungen vom Bundesamt für Justiz verlangen. Der Anspruch nach Satz 1 ist auf die Höhe des an den Bundeshaushalt abgeführten Gewinns beschränkt.</p>	
<p>(6) Die Gläubiger können vom Bundesamt für Justiz Ersatz der Aufwendungen verlangen, die für eine Finanzierung des gerichtlichen Verfahrens durch einen gewerblichen Prozessfinanzierer entstanden sind, wenn das Bundesamt für Justiz vor Einleitung des gerichtlichen Verfahrens die Inanspruchnahme dieser Finanzierung bewilligt hat. Das Bundesamt für Justiz bewilligt die Inanspruchnahme der Finanzierung, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung unter Berücksichtigung der gesamten Umstände nicht missbräuchlich ist und die Aufwendungen für den Prozessfinanzierer üblich und angemessen sind.“</p>	
5. § 20 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>„3. entgegen § 8 Absatz 5 Satz 2 in Verbindung mit § 6a Absatz 1 Satz 3 des Unterlassungsklagengesetzes eine dort genannte Zustellung nicht oder nicht rechtzeitig bekannt macht,“.</p>	
<p>b) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 5 und wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) Die Wörter „§ 4b Absatz 1 des Unterlassungsklagengesetzes, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 4d Nummer 2“ werden durch die Wörter „§ 4b Absatz 1 Satz 1 des Unterlassungsklagengesetzes, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 4f Nummer 3“ ersetzt.</p>	
<p>bb) Das Wort „oder“ am Ende wird durch einen Punkt ersetzt.</p>	
<p>c) Nummer 4 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) Die Wörter „§ 8b Absatz 3 in Verbindung mit § 4d Nummer 1“ werden durch die Wörter „§ 8b Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 4f Nummer 1 oder 2“ ersetzt.</p>	
<p>bb) Der Punkt am Ende wird durch ein Komma ersetzt und das Wort „oder“ wird angefügt.</p>	
<p><i>Artikel 13</i></p>	<p>Artikel 14</p>
<p>Änderung des Markengesetzes</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>§ 135 Absatz 1 des Markengesetzes vom 25. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3082; 1995 I S. 156; 1996 I S. 682), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3490) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„(1) Wer im geschäftlichen Verkehr Handlungen vornimmt, die gegen Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 verstoßen, kann bei Wiederholungsgefahr auf Unterlassung in Anspruch genommen werden. Der Anspruch besteht auch dann, wenn eine Zuwiderhandlung erstmalig droht. Die Ansprüche nach Satz 1 stehen zu</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
1. den nach § 8 Absatz 3 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zur Geltendmachung von Ansprüchen Berechtigten,	
2. Vereinigungen im Sinne des Artikels 3 Nummer 2 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012,	
3. anerkannten Erzeugerorganisationen, anerkannten Vereinigungen von Erzeugerorganisationen und anerkannten Branchenverbänden im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671; L 189 vom 27.6.2014, S. 261; L 130 vom 19.5.2016, S. 18; L 34 vom 9.2.2017, S. 41; L 106 vom 6.4.2020, S. 12), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2021/2117 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 262) geändert worden ist, in ihrer jeweils geltenden Fassung, wenn deren Zielsetzung auch den Schutz gegen Verstöße nach Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 umfasst.	
Die §§ 18, 19, 19a und 19c gelten entsprechend.“	
<i>Artikel 14</i>	Artikel 15
Änderung des Luftverkehrsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 57b Absatz 2 des Luftverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 698), das zuletzt durch Artikel 42 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In Satz 1 Nummer 3 werden die Wörter „Klageregister einer Musterfeststellungsklage nach § 608 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „Verbandsklageregister nach § 46 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes“ ersetzt.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
2. In Satz 2 werden die Wörter „Klageregister einer rechtshängigen Musterfeststellungsklage nach § 608 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „rechtshängigen Verbandsklageregister nach § 46 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes“ ersetzt.	
<i>Artikel 15</i>	<i>Artikel 16</i>
Änderung des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Verbraucherstreitbeilegungsgesetz vom 19. Februar 2016 (BGBl. I S. 254, 1039), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In § 9 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „qualifizierte Einrichtung“ durch das Wort „Stelle“ ersetzt.	
2. § 14 Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:	
„3. Ansprüche oder Rechtsverhältnisse, die Gegenstand des Streitbeilegungsverfahrens sind, zu einer Musterfeststellungsklage oder einer Abhilfeklage im Verbandsklageregister angemeldet wurden und die Klage noch rechtshängig ist.“.	
3. § 30 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	
„2. Streitigkeiten, zu welchen in einem rechtskräftigen Urteil über eine Musterfeststellungsklage nach § 1 Absatz 1 Nummer 2 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes oder in einem Vergleich nach § 9 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes bindende Feststellungen getroffen werden und zu denen die streitgegenständlichen Ansprüche oder Rechtsverhältnisse nach § 46 des Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetzes zum Verbandsklageregister angemeldet waren.“	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Geszentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
b) Absatz 2 Nummer 5 wird wie folgt gefasst:	
„5. die streitigen Ansprüche oder Rechtsverhältnisse, die den Gegenstand des Streitbeilegungsverfahrens bilden, zu einer Abhilfeklage oder einer Musterfeststellungsklage im Verbandsklageregister angemeldet wurden und die Klage noch rechtshängig ist,“.	
<i>Artikel 16</i>	<i>Artikel 17</i>
Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
In § 46 Absatz 2 Satz 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 10) geändert worden ist, werden die Wörter „über die Musterfeststellungsklage (§§ 606 bis 613 der Zivilprozessordnung),“ gestrichen.	
<i>Artikel 17</i>	<i>Artikel 18</i>
Änderung des Sozialgerichtsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
In § 202 Satz 1 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), das zuletzt durch Artikel 13 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 64) geändert worden ist, werden das Semikolon und die Wörter „Buch 6 der Zivilprozessordnung ist nicht anzuwenden“ gestrichen.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Geszentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<i>Artikel 18</i>	Artikel 19
Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung	u n v e r ä n d e r t
In § 173 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 71) geändert worden ist, werden das Semikolon und die Wörter „Buch 6 der Zivilprozessordnung ist nicht anzuwenden“ gestrichen.	
<i>Artikel 19</i>	Artikel 20
Änderung der Finanzgerichtsordnung	u n v e r ä n d e r t
In § 155 Satz 1 der Finanzgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 442, 2262; 2002 I S. 679), die zuletzt durch Artikel 13 Absatz 3 des Gesetzes vom 10. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 64) geändert worden ist, werden das Semikolon und die Wörter „Buch 6 der Zivilprozessordnung ist nicht anzuwenden“ gestrichen.	
<i>Artikel 20</i>	Artikel 21
Änderung des EU-Verbraucherschutzdurchführungsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
In § 7 Absatz 1 Satz 1 des EU-Verbraucherschutzdurchführungsgesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3367), das zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 24. Juni 2022 (BGBl. I S. 959) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 4e“ durch die Angabe „§ 2a“ ersetzt.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<i>Artikel 21</i>	<i>Artikel 22</i>
Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juli 2022 (BGBl. I S. 1214) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juli 2022 (BGBl. I S. 1214) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 33 Absatz 4 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	1. u n v e r ä n d e r t
„2. qualifizierten Verbraucherverbänden, die in der Liste nach § 4 des Unterlassungsklagengesetzes eingetragen sind, und qualifizierten Einrichtungen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in dem Verzeichnis der Europäischen Kommission nach Artikel 5 Absatz 1 Satz 4 der Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1) eingetragen sind.“	
	2. In § 33h Absatz 6 Satz 3 werden die Wörter „Satz 3 und 4“ durch die Wörter „Satz 2 und 3“ ersetzt.
2. § 91 Satz 2 wird wie folgt geändert:	3. u n v e r ä n d e r t
a) Das Wort „sowie“ wird durch ein Komma ersetzt.	
b) Der Punkt am Ende wird durch die Wörter „sowie über Verbandsklagen nach dem Verbraucherrechtsetzungsgesetz, die Ansprüche und Rechtsverhältnisse in den in § 87 aufgeführten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betreffen.“ ersetzt.	
3. § 94 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	4. u n v e r ä n d e r t

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
a) In Nummer 3 Buchstabe c wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.	
b) Folgende Nummer 4 wird angefügt:	
„4. in Verbandsklageverfahren nach dem Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetz, die Ansprüche und Rechtsverhältnisse in den in § 87 aufgeführten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betreffen,	
a) über die Revision gegen Urteile der Oberlandesgerichte und	
b) über die Rechtsbeschwerde gegen Beschlüsse der Oberlandesgerichte in den Fällen des § 574 Absatz 1 der Zivilprozessordnung.“	
<i>Artikel 22</i>	Artikel 23
Änderung des Buchpreisbindungsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 9 Absatz 2 des Buchpreisbindungsgesetzes vom 2. September 2002 (BGBl. I S. 3448), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. November 2020 (BGBl. I S. 2568) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Satz 1 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:	
„4. von Stellen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Unterlassungsklagengesetzes.“	
2. In Satz 2 wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Stellen“ ersetzt.	
<i>Artikel 23</i>	Artikel 24
Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 71) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
1. § 106 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) Das Wort „sowie“ wird durch ein Komma ersetzt.	
b) Der Punkt am Ende wird durch die Wörter „sowie über Verbandsklagen nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz, die Ansprüche und Rechtsverhältnisse in den in § 102 aufgeführten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betreffen.“ ersetzt.	
2. § 107 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 3 Buchstabe c wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.	
b) Folgende Nummer 4 wird angefügt:	
„4. in Verbandsklageverfahren nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz, die Ansprüche und Rechtsverhältnisse in den in § 102 aufgeführten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betreffen,	
a) über die Revision gegen Urteile der Oberlandesgerichte und	
b) über die Rechtsbeschwerde gegen Beschlüsse der Oberlandesgerichte in den Fällen des § 574 Absatz 1 der Zivilprozessordnung.“	
<i>Artikel 24</i>	Artikel 25
Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes	Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes
In § 4b Absatz 1 des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes vom 22. April 2002 (BGBl. I S. 3448), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606) geändert worden ist, werden die Wörter „qualifizierte Einrichtungen“ durch das Wort „Stellen“ ersetzt.	In § 4b Absatz 1 des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes vom 22. April 2002 (BGBl. I S. 3448), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140) geändert worden ist, werden die Wörter „qualifizierte Einrichtungen“ durch das Wort „Stellen“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<i>Artikel 25</i>	<i>Artikel 26</i>
Änderung des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 60 Absatz 1 Nummer 2 des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2446; 2019 I S. 1113), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	
„2. Stellen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Unterlassungsklagengesetzes und“.	
<i>Artikel 26</i>	<i>Artikel 27</i>
Änderung der Finanzschlichtungsstellenverordnung	u n v e r ä n d e r t
Die Finanzschlichtungsstellenverordnung vom 5. September 2016 (BGBl. I S. 2140) wird wie folgt geändert:	
1. § 6 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:	
a) Nach Nummer 6 wird folgende Nummer 7 eingefügt:	
„7. die Ansprüche oder Rechtsverhältnisse, die Gegenstand der Streitigkeit sind, zu einer Verbandsklage im Verbandsklageregister angemeldet wurden und die Klage noch rechtshängig ist,“.	
b) Die bisherigen Nummern 7 und 8 werden die Nummern 8 und 9.	
2. § 7 Absatz 1 Satz 4 wird wie folgt geändert:	
a) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 eingefügt:	
„4. die Ansprüche oder Rechtsverhältnisse, die Gegenstand der Streitigkeit sind, nicht zu einer noch rechtshängigen Verbandsklage im Verbandsklageregister angemeldet sind,“.	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
b) Die bisherigen Nummern 4 und 5 werden die Nummern 5 und 6.	
3. § 9 Absatz 3 Satz 6 wird aufgehoben.	
4. Nach § 10 wird folgender § 10a eingefügt:	
„§ 10a	
Bescheinigung über einen erfolglosen Schlichtungsversuch	
Auf Antrag eines Beteiligten hat die Geschäftsstelle eine Bescheinigung über einen erfolglosen Schlichtungsversuch nach § 15a Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung auszustellen, wenn ein Schlichtungsverfahren durchgeführt wurde, aber die Streitigkeit nicht beigelegt werden konnte. Die Bescheinigung hat folgende Angaben zu enthalten:	
1. die Namen und Anschriften der Beteiligten,	
2. eine kurze Darstellung des Gegenstands des Schlichtungsverfahrens und	
3. den Zeitpunkt der Beendigung des Schlichtungsverfahrens.“	
<i>Artikel 27</i>	Artikel 28
Änderung des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2970), das durch Artikel 25 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2759) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. § 32 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>„Der Verbraucher hat das Recht, einen nach § 15 Absatz 3 des Behindertengleichstellungsgesetzes anerkannten Verband oder eine Stelle nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Unterlassungsklagengesetzes zu beauftragen, in seinem Namen oder an seiner Stelle die Einleitung des Verfahrens nach Satz 1 zu beantragen.“</p>	
<p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„(2) Das Verfahren nach Absatz 1 Satz 1 gegen einen Wirtschaftsakteur ist auch einzuleiten, wenn</p>	
<p>1. ein nach § 15 Absatz 3 des Behindertengleichstellungsgesetzes anerkannter Verband oder eine Stelle nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Unterlassungsklagengesetzes dies beantragt und</p>	
<p>2. der geltend gemachte Verstoß des Wirtschaftsakteurs gegen eine Bestimmung dieses Gesetzes oder gegen eine Bestimmung der aufgrund des § 3 Absatz 2 erlassenen Rechtsverordnung den satzungsgemäßen Aufgabenbereich des Antragstellers berührt.</p>	
<p>Der Antragsteller hat in seinem Antrag nach Satz 1 Nummer 1 darzulegen, dass sein satzungsgemäßer Aufgabenbereich nach Satz 1 Nummer 2 berührt ist. Zur Geltendmachung des Rechts bedarf es keiner eigenen Rechtsverletzung des Antragstellers.“</p>	
<p>2. § 33 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) In Satz 1 werden die Wörter „eine qualifizierte Einrichtung im Sinne des“ durch die Wörter „eine Stelle nach“ ersetzt.</p>	
<p>bb) Die Sätze 3 und 4 werden wie folgt gefasst:</p>	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<p>„Handeln Verbände oder Stellen nach Satz 1 anstelle von Verbrauchern, so können sie den Rechtsstreit auch vor dem Oberverwaltungsgericht und dem Bundesverwaltungsgericht selbst führen. Vor dem Bundesverwaltungsgericht müssen sie durch Personen mit der Befähigung zum Richteramt handeln.“</p>	
<p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„(2) Nach § 15 Absatz 3 des Behindertengleichstellungsgesetzes anerkannte Verbände oder Stellen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Unterlassungsklagengesetzes können, ohne in eigenen Rechten verletzt zu sein, Rechtsbehelfe nach Maßgabe der Verwaltungsgerichtsordnung gegen einen an sie gerichteten Bescheid oder gegen das Unterlassen einlegen, wenn sie geltend machen, dass</p>	
<p>1. eine Bestimmung dieses Gesetzes oder eine Bestimmung der aufgrund des § 3 Absatz 2 erlassenen Rechtsverordnung verletzt ist und</p>	
<p>2. die Verletzung nach Nummer 1 ihren satzungsmäßigen Aufgabenbereich berührt.</p>	
<p>Sie können den Rechtsstreit auch vor dem Oberverwaltungsgericht selbst führen. Absatz 1 Satz 4 gilt entsprechend.“</p>	
<p>3. § 34 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„(3) Absatz 1 gilt entsprechend für solche nach § 15 Absatz 3 des Behindertengleichstellungsgesetzes anerkannte Verbände und für solche Stellen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Unterlassungsklagengesetzes, die geltend machen, dass eine Bestimmung dieses Gesetzes oder eine Bestimmung der aufgrund des § 3 Absatz 2 erlassenen Rechtsverordnung verletzt ist und die Verletzung ihren satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt.“</p>	

Geszentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<i>Artikel 28</i>	<i>Artikel 29</i>
Änderung des Gerichtskostengesetzes	Änderung des Gerichtskostengesetzes
Das Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 7. November 2022 (BGBl. I S. 1982) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 7. November 2022 (BGBl. I S. 1982) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	1. u n v e r ä n d e r t
a) Die Angabe zu § 12 wird wie folgt gefasst:	
„§ 12 Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Verfahren nach der Zivilprozessordnung“.	
b) Nach der Angabe zu § 26 wird folgende Angabe eingefügt:	
„§ 26a Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz“.	
c) Nach der Angabe zu § 59 wird folgende Angabe eingefügt:	
„§ 59a Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz“.	
2. Nach § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 17 wird folgende Nummer 17a eingefügt:	2. u n v e r ä n d e r t
„17a. nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz;“.	
3. § 9 wird wie folgt geändert:	3. u n v e r ä n d e r t
a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:	
„(2) Die Gebühr für das Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz wird mit dessen Eröffnung fällig.“	
b) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.	
4. Die Überschrift von § 12 wird wie folgt gefasst:	4. u n v e r ä n d e r t

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Geszentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
„§ 12	
Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Verfahren nach der Zivilprozessordnung“.	
5. Nach § 26 wird folgender § 26a eingefügt:	5. u n v e r ä n d e r t
„§ 26a	
Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz	
Die Kosten des Umsetzungsverfahrens nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz schuldet nur der im zugrunde liegenden Abhilfeverfahren verurteilte Unternehmer.“	
6. § 48 Absatz 1 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:	6. § 48 Absatz 1 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:
„In Rechtsstreitigkeiten aufgrund des Unterlassungsklagengesetzes und in Musterfeststellungsverfahren nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz darf der Streitwert 250 000 Euro nicht übersteigen. In Abhilfeverfahren sowie in Verfahren über die Erhöhung des kollektiven Gesamtbetrags nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz darf der Streitwert 410 000 Euro nicht übersteigen.“	„In Rechtsstreitigkeiten aufgrund des Unterlassungsklagengesetzes und in Musterfeststellungsverfahren nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz darf der Streitwert 250 000 Euro nicht übersteigen. In Abhilfeverfahren sowie in Verfahren über die Erhöhung des kollektiven Gesamtbetrags nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz darf der Streitwert 300 000 Euro nicht übersteigen.“
7. Dem § 51 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	7. u n v e r ä n d e r t
„In Gewinnabschöpfungsverfahren nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb darf der Streitwert 410 000 Euro nicht übersteigen.“	
8. Nach § 59 wird folgender § 59a eingefügt:	8. u n v e r ä n d e r t
„§ 59a	
Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz	
Im Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrechedurchsetzungsgesetz bestimmt sich die Gebühr nach dem Gesamtwert der von dem Umsetzungsverfahren erfassten Ansprüche.“	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Gesetzentwurf der Bundesregierung	Beschlüsse des Rechtsausschusses
9. Anlage 1 (Kostenverzeichnis) wird wie folgt geändert:	9. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
a) In der Gliederung wird nach der Angabe zu Teil 1 Hauptabschnitt 6 Abschnitt 5 folgende Angabe eingefügt:	
„Abschnitt 6 Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetz“.	
b) Der Anmerkung zu Nummer 1213 wird folgender Satz angefügt:	
„Im Verfahren über eine Abhilfeklage nach dem VDuG ist die Ermäßigung nicht dadurch ausgeschlossen, dass ein Abhilfegrundurteil vorausgegangen ist.“	
c) Nach Teil 1 Hauptabschnitt 6 Abschnitt 5 wird folgender Abschnitt 6 eingefügt:	

Entwurf (Drucksache 20/6520)

Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr oder Satz der Gebühr nach § 34 GKG
	<i>„Abschnitt 6 Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrehtedurchsetzungsgesetz</i>	
1660	Umsetzungsverfahren nach dem VDuG	1,0“.

Beschlüsse des Rechtsausschusses

u n v e r ä n d e r t

Entwurf (Drucksache 20/6520)	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<i>Artikel 29</i>	<i>Artikel 30</i>
Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes	Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes
Das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2022 (BGBl. I S. 610), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2817) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2022 (BGBl. I S. 610), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2817) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 23b folgende Angabe eingefügt:	1. <i>u n v e r ä n d e r t</i>

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Entwurf (Drucksache 20/6520)	Beschlüsse des Rechtsausschusses
„§ 23c Gegenstandswert im Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrechtedurchsetzungsgesetz“.	
2. Nach § 17 Nummer 5 wird folgende Nummer 5a eingefügt:	2. u n v e r ä n d e r t
„5a. jeweils das Abhilfeverfahren, das Verfahren über die Erhöhung des kollektiven Gesamtbetrags und das Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrechtedurchsetzungsgesetz,“.	
3. In § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1a werden die Wörter „Klageregister für Musterfeststellungsklagen“ durch das Wort „Verbandsklageregister“ ersetzt.	3. u n v e r ä n d e r t
4. Nach § 23b wird folgender § 23c eingefügt:	4. u n v e r ä n d e r t
„§ 23c	
Gegenstandswert im Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrechtedurchsetzungsgesetz	
Der Gegenstandswert im Umsetzungsverfahren nach dem Verbraucherrechtedurchsetzungsgesetz ist unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Interesses, das der Auftraggeber im Verfahren verfolgt, nach § 23 Absatz 3 Satz 2 zu bestimmen.“	
5. In Anlage 1 (Vergütungsverzeichnis) wird nach Nummer 3338 folgende Nummer 3339 eingefügt:	5. In Anlage 1 (Vergütungsverzeichnis) wird nach Nummer 3338 folgende Nummer 3339 eingefügt:

Entwurf (Drucksache 20/6520)

Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr oder Satz der Gebühr nach § 13 RVG
„3339	<i>Verfahrensgebühr für das Umsetzungsverfahren nach dem VduG Bei der Vertretung mehrerer Verbraucher, die verschiedene Ansprüche geltend machen, entsteht die Gebühr jeweils besonders.</i>	<i>0,5“.</i>

Beschlüsse des Rechtsausschusses

Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr oder Satz der Gebühr nach § 13 RVG
„3339	Verfahrensgebühr für das Umsetzungsverfahren nach dem VDuG Bei der Vertretung mehrerer Verbraucher, die verschiedene Ansprüche geltend machen, entsteht die Gebühr jeweils besonders.	0,5“.

Entwurf (Drucksache 20/6520)	Beschlüsse des Rechtsausschusses
<i>Artikel 30</i>	Artikel 31
Inkrafttreten	Inkrafttreten
(1) <i>Die Artikel 5, 9 Nummer 14, die Artikel 13 und 26 Nummer 3 und 4 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.</i>	(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
(2) Artikel 2 Nummer 8 tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.	(2) Artikel 2 Nummer 9 tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.
(3) <i>Im Übrigen tritt dieses Gesetz am 25. Juni 2023 in Kraft.</i>	entfällt

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

Bericht der Abgeordneten Luiza Licina-Bode, Dr. Martin Plum, Dr. Till Steffen, Katrin Helling-Plahr, Tobias Matthias Peterka und Clara Büniger

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/6520** in seiner 100. Sitzung am 27. April 2023 beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Wirtschaftsausschuss, an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen. Die Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf der Bundesregierung mit der Gegenäußerung der Bundesregierung auf **Drucksache 20/6878** wurde in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Juni 2023 ebenfalls an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Wirtschaftsausschuss, an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6520 in seiner 51. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen. Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD angenommen. Der Ausschuss hat die Vorlage auf Drucksache 20/6878 in seiner 51. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt die Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6520 in seiner 41. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen. Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. angenommen. Der Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und AfD angenommen. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU wird mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und AfD abgelehnt. Der Ausschuss hat die Vorlage auf Drucksache 20/6878 in seiner 41. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt die Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6520 in seiner 46. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen. Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD angenommen. Der Ausschuss hat die Vorlage auf Drucksache 20/6878 in seiner 46. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt einstimmig die Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung.

Der **Ausschuss für Digitales** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6520 in seiner 42. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen. Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Änderungsantrags der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Annahme des Entschließungsantrags der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion der CDU/CSU. Der Ausschuss hat die Vorlage auf Drucksache 20/6878 in seiner 42. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt die Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung.

Der **Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung** hat sich mit der Vorlage auf Drucksache 20/6520 in seiner 36. Sitzung am 10. Mai 2023 befasst und festgestellt, dass eine Nachhaltigkeitsrelevanz des Gesetzentwurfes gegeben sei. Der Bezug zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ergebe sich hinsichtlich folgender Leitprinzipien einer nachhaltigen Entwicklung, Sustainable Development Goals (SDGs) und Indikatorenbereiche:

- Leitprinzip 5 – Sozialen Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft wahren und verbessern,
- SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen,
- Indikatorenbereich 16.3 a – Gute Regierungsführung.

Die Darstellung der Nachhaltigkeitsprüfung sei plausibel. Eine Prüfbitte sei daher nicht erforderlich.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Rechtsausschuss hat in seiner 53. Sitzung am 26. April 2023 beschlossen, eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 20/6520 durchzuführen, die er in seiner 56. Sitzung am 10. Mai 2023 durchgeführt hat. Hieran haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Dr. Peter Allgayer	Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe
Prof. Dr. Alexander Bruns, LL.M. (Duke Univ.)	Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Institut für Deutsches und Ausländisches Zivilprozessrecht, Abteilung II
Prof. Dr. Beate Gsell	Universitätsprofessorin, Ludwig-Maximilians-Universität München Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilverfahrensrecht, Europäisches Privat- und Verfahrensrecht; Richterin am Oberlandesgericht München
Michael Hummel	Verbraucherzentrale Sachsen e. V., Leipzig
Dr. Anne Löhner, LL.M. (Columbia)	München
Prof. Dr. Caroline Meller-Hannich	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilprozess- und Handelsrecht
Dr. Peter Röthemeyer	Jurist, Mediator, Lehrbeauftragter; Richter und Ministerialbeamter a. D., Wenningsen
Roland Stuhr	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V., Berlin
Mari Weiß	Sprecherin des Bundesvorstands der Neuen Richtervereinigung e. V. (NRV) Richterin am Amtsgericht Königs Wusterhausen
Prof. Dr. Stephan Wernicke	Deutsche Industrie- und Handelskammer, Berlin; Chefjustitiar

Hinsichtlich der Ergebnisse der öffentlichen Anhörung wird auf das Protokoll der 56. Sitzung am 10. Mai 2023 mit den anliegenden Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen.

Zu den Buchstaben a und b

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksachen 20/6520, 20/6878 in seiner 62. Sitzung am 5. Juli 2023 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs in der aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Fassung. Die Änderungen beruhen auf einem Änderungsantrag, den die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in den Rechtsausschuss eingebracht haben und der mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen wurde.

Darüber hinaus empfiehlt der **Rechtsausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Annahme der aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Entschließung, die die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in den Ausschuss eingebracht haben.

Die Fraktion der CDU/CSU hat folgenden Entschließungsantrag zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 20/6520 in den Rechtsausschuss eingebracht:

I. Nachdem das Bundesministerium der Justiz einen durchaus bedenkenswerten Referentenentwurf vorgelegt hat, beschloss das Kabinett schließlich einen Gesetzentwurf, der Maß und Mitte vermissen lässt. Verbandsklagen haben in vielen Fällen ihre Berechtigung. Insbesondere sind sie ein sinnvolles Instrument, um das rationale Desinteresse von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu beseitigen. Der vorliegende Entwurf befördert jedoch eine Klageindustrie in Deutschland und sorgt für amerikanische Verhältnisse, die der Wirtschaft massiv schaden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

1. *Die im Regierungsentwurf enthaltene Regelung ist viel zu weitgehend und befeuert eine Klageindustrie. Die im Referentenentwurf vorhandene Regelung, die identisch mit der derzeit geltenden Regelung für die Musterfeststellungsklage ist, ist eher sachgerechter.*
2. *Die Regelung zur Anmeldung von Ansprüchen von Verbrauchern widerspricht Grundsätzen des deutschen Prozessrechtes. Bei einem späten Opt-In haben Verbraucherinnen und Verbraucher unter Umständen schon Erkenntnisse über die Erfolgsaussichten gewonnen und können sich dann erst für einen Beitritt entscheiden. Dies ist unangemessen.*
3. *Der Gesetzentwurf sieht einen Kostenstreitwertdeckel vor. Ein Streitwertdeckel konterkariert das Unterliegensprinzip auf niedrigem Niveau. Aus diesem Grund ist er zu streichen, damit der allgemeine Streitwertdeckel von 30 Millionen Euro gilt.*
4. *Mit der Erhöhung des kollektiven Gesamtbetrages in § 21 wird ein dem deutschen Zivilprozessrecht fremdes Institut eingeführt. Der Beklagte muss sich darauf verlassen können, dass die im Endurteil ausgeworfene Summe, die maximal zu zahlende ist. Eine nachträgliche Erhöhung könnte nur notwendig sein, wenn die klageberechtigte Stelle von vorneherein eine zu niedrige Summe eingeklagt hat. Dieses Risiko darf nicht der Beklagte tragen müssen. Vielmehr muss die klageberechtigte Stelle den Prozess ausreichend vorbereiten.*
5. *Der Entwurf ermöglicht, dass eine Vielzahl von Individualklagen nach der Verbrauchersammelklage geführt werden können. Dies ist ein unbefriedigender Zustand, da dadurch die befriedende Wirkung einer Verbrauchersammelklage geschmälert wird.*

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der

1. *die Regelungen zu den klageberechtigten Stellen auf die der Musterfeststellungsklage zurückzuführen,*
2. *die Anmeldung von Ansprüchen und Rechtsverhältnissen, die Gegenstände einer Verbandsklage sind, nur bis zum Ablauf des Tages vor dem ersten Termin zur Eintragung in das Verbandsklageregister ermöglicht,*
3. *den Streitwertdeckel streicht,*
4. *die Erhöhung des kollektiven Gesamtbetrages streicht.*
5. *den Verbrauchersammelklagen folgende Individualklagen auf das notwendige Maß beschränkt.*

Der Rechtsausschuss hat diesen Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, durch das neue Instrument der Verbandsklage könnten Verbände künftig für eine Vielzahl von Verbraucherinnen und Verbrauchern Klage vor Gericht erheben. Dass eine Notwendigkeit für einen effektiveren Rechtsschutz bestehe, hätten etwa der Dieselskandal und Verfahren im Bereich der Fluggastrechte gezeigt. Der gute ursprüngliche Gesetzentwurf werde durch den Änderungsantrag noch weiter verbessert. So sei nunmehr sichergestellt, dass Verbraucher/-innen in einem gerichtlichen Verfahren die Beweisaufnahme abwarten und Ansprüche bzw. Rechtsverhältnisse bis zu drei Wochen nach Schluss der mündlichen Verhandlung zur Eintragung in das Verbandsklageregister anmelden könnten. Ferner könne sich eine Verbandsklage nun gegen eine Mehrzahl von Beklagten richten. Schließlich solle das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) durch eine Änderung des § 28 KapMuG nicht am 31. Dezember 2023 außer Kraft treten, sondern noch bis zum 31. August 2024 fortgelten, damit ausreichend Zeit für die erforderliche sorgfältige Überarbeitung des Gesetzes bleibe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, dass die zweijährige Umsetzungsfrist der dem Gesetzentwurf zugrundeliegenden EU-Richtlinie bereits seit über einem halben Jahr abgelaufen sei und zudem der Bundesrat das Gesetz aufgrund des späten Abschlusses des Gesetzgebungsverfahrens im Bundestag erst im Herbst 2023 abschließend behandeln könne. Deutschland drohe somit ein Vertragsverletzungsverfahren. Mit Blick auf den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Änderungsantrag sei positiv, dass die Gleichstellung kleiner Unternehmen mit Verbraucher/-innen im Anwendungsbereich des Verbraucherrechtgedurchsetzungsgesetzes auf Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten und einem Jahresumsatz oder einer Jahresbilanz von nicht mehr als 2 Millionen Euro beschränkt werden solle, obgleich die Fraktion diese Gleichstellung aus systematischen Gründen weiterhin

grundsätzlich kritisch sehe. Zu begrüßen seien auch die strengeren Anforderungen an die Drittfinanzierung von Verbandsklagen und insbesondere die diesbezügliche Offenlegungspflicht sowie die Lockerung der Anforderungen an die Gleichartigkeit der Verbraucheransprüche. Sehr kritisch zu betrachten sei, dass der Zeitpunkt, bis zu dem ein Opt-in möglich sei, nach hinten verschoben worden sei. Hierdurch werde die erste Instanz im gerichtlichen Verfahren zu einer reinen Durchlaufinstanz; ferner würden Anreize für einen Vergleich im gerichtlichen Verfahren genommen. Auch die Absenkung des Streitwertdeckels auf nunmehr 300.000 Euro sei kritisch zu sehen, da sie das Kostenrisiko in unverhältnismäßiger Weise verschiebe und letztlich das „Loser-pays-Prinzip“ in einer Weise aushöhle, die Zweifel an der Vereinbarkeit mit der zugrundeliegenden EU-Richtlinie aufkommen lasse. Vor diesem Hintergrund werde die Fraktion den Gesetzentwurf sowie die von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Anträge ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** betonte, der Gesetzentwurf und die von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Anträge stellten ein gelungenes und ausgewogenes Gesamtpaket dar, das – auch nach dem Ergebnis der hierzu durchgeführten öffentlichen Anhörung und im internationalen Vergleich – die verschiedenen betroffenen Interessen einem gerechten Ausgleich zuführe. Wichtig sei insbesondere, dass aufgrund der vorgesehenen Änderungen nur noch Kleinunternehmen im Anwendungsbereich des Verbraucherrechedurchsetzungsgesetzes Verbrauchern prozessual gleichgestellt werden sollten, strengere Anforderungen an die Drittfinanzierung gestellt würden und diese offenzulegen sei. Die Fraktion bitte um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf sowie den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Anträgen.

Die **Fraktion der SPD** bekräftigte, der Gesetzentwurf werde durch den eingebrachten Änderungsantrag noch weiter verbessert. Durch die zeitlich nach hinten verlegte Möglichkeit des Opt-ins solle die Justiz entlastet werden. Ferner solle Verbraucher/-innen hierdurch ermöglicht werden, auf einer soliden Informationsgrundlage über eine Anmeldung zum Verbandsklageregister zu entscheiden – auch um eine Vielzahl von Falschmeldungen zu vermeiden. Auch die Senkung des Streitwertdeckels sei sachgerecht, da sie das Kostenrisiko für Verbände begrenze und mithin dem Sinn und Zweck der zugrundeliegenden EU-Richtlinie, Verbraucher/-innen die Rechtsdurchsetzung zu erleichtern, entspreche. Weiterhin stelle der Änderungsantrag klar, dass es für die Zulässigkeit einer Verbandsklage ausreiche, wenn die klageberechtigte Stelle die mögliche Betroffenheit von mindestens 50 Verbraucherinnen und Verbrauchern nachvollziehbar darlegen könne, jedoch kein Beweis der tatsächlichen Betroffenheit erforderlich sei. Mit Blick auf die abgelaufene Frist zur Richtlinienumsetzung sei darauf hinzuweisen, dass bislang erst sechs der 27 EU-Mitgliedstaaten die zugrundeliegende EU-Richtlinie tatsächlich umgesetzt hätten.

Die **Fraktion der AfD** teilte mit, das unter Zeitdruck durchgeführte Gesetzgebungsvorhaben sei weder ausgereift, noch aus einem Guss. Kritisch seien insbesondere die Möglichkeit des späten Opt-ins sowie die Außerachtlassung des „Loser-pays-Prinzips“. Die einzige in den Ausschuss eingebrachte Vorlage, der die Fraktion zustimmen könne, sei der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU. Der Gesetzentwurf sowie die von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Anträge seien demgegenüber abzulehnen.

IV. Zur Begründung der Beschlussempfehlung

Im Folgenden werden lediglich die vom Rechtsausschuss empfohlenen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung des Gesetzentwurfs erläutert. Soweit der Ausschuss die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs empfiehlt, wird auf die Begründung auf Drucksache 20/6520 verwiesen.

Zu Artikel 1 (Gesetz zur gebündelten Durchsetzung von Verbraucherrechten)

Zu § 1 (Verbandsklagen)

Mit der Anpassung wird die Definition des mit Verbraucherinnen und Verbrauchern allein im Anwendungsbereich dieses Gesetzes prozessual gleichgestellten kleinen Unternehmens verengt. Vorausgesetzt wird nunmehr eine Beschäftigtenzahl von weniger als 10 Personen und ein Jahresumsatz oder eine Jahresbilanz von nicht mehr als 2 Millionen Euro. Für Unternehmen, die diese Schwellen überschreiten, kann davon ausgegangen werden, dass sie bereits über ausreichende Ressourcen zur selbständigen Anspruchsdurchsetzung verfügen. Deren Interessenlage im Hinblick auf eine Verbandsklage ist mit jener von Verbraucherinnen und Verbrauchern im materiellen Sinn daher weniger vergleichbar.

Zu § 4 (Verbraucherquorum; Finanzierung)

Durch die Anpassung in Absatz 1 Satz 1 soll noch deutlicher werden, dass die klageberechtigte Stelle allein die mögliche Betroffenheit („können“) von mindestens 50 Verbraucherinnen und Verbrauchern nachvollziehbar darzulegen hat. Ein Beweis der tatsächlichen Betroffenheit ist für die Zulässigkeit einer Verbandsklage nicht vorausgesetzt.

Durch die Ergänzung von Absatz 1 Satz 2 wird klargestellt, dass bei einer Streitgenossenschaftlichen Klage von mehreren klageberechtigten Stellen oder gegen mehrere Unternehmer das Verbraucherquorum nur einmal mit Wirkung für die gesamte Klage erreicht werden muss. So soll es etwa bei mehreren verklagten Unternehmern genügen, nachvollziehbar darzulegen, dass insgesamt mindestens 50 Verbraucherinnen und Verbraucher betroffen sind; deren Ansprüche oder Rechtsverhältnisse können zu verschiedenen der verklagten Unternehmer bestehen. Mit der Änderung wird ein entsprechender Änderungsantrag des Bundesrats aufgegriffen.

Die Drittfinanzierung einer Verbandsklage soll nach dem neu eingefügten Absatz 2 Nummer 3 auch dann unzulässig sein, wenn dem Dritten ein wirtschaftlicher Anteil von mehr als 10 Prozent an der vom verklagten Unternehmer zu erbringenden Leistung versprochen ist. In der Formulierung „wirtschaftlicher Anteil“ kommt zum Ausdruck, dass es unerheblich sein soll, über welche rechtliche Konstruktion dem Dritten ein solcher Vorteil versprochen wird oder eingeräumt werden soll. Ungeachtet der Anpassung dürfen Leistungen des Unternehmers im Falle eines streitigen Urteils über eine Abhilfeklage von vornherein nur an berechnete angemeldete Verbraucher gehen. Das wird durch die Ergänzung nicht infrage gestellt.

Nach der Anpassung in Absatz 3 hat der klageberechtigte Verband zur sachgerechten Kontrolle der Einhaltung der in Absatz 2 vorgegebenen Grenzen einer Drittfinanzierung die Herkunft der Mittel, mit denen die Klage finanziert wird, stets offenzulegen. Ergibt sich hiernach eine Finanzierung durch Dritte, sind die mit diesen getroffenen Vereinbarungen offenzulegen. Wird eine Drittfinanzierung erst nach Klageeinreichung vereinbart, wird die Pflicht zur Offenlegung zum Zeitpunkt der Vereinbarung ausgelöst.

Zu § 5 (Klageschrift)

Bei der Anpassung in Absatz 1 Nummer 2 handelt es sich um eine Folgeanpassung zur Änderung in § 4 Absatz 1 Satz 1.

Die Streichung des bisher vorgesehenen Absatzes 1 Nummer 3 steht im Zusammenhang mit der Anpassung in § 46 Absatz 2. Danach ist bei der Anmeldung zum Verbandsklageregister anzugeben, ob die Anmeldung als kleines Unternehmen im Sinne des § 1 Absatz 2 erfolgt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass das Gericht Kenntnis davon erlangt, wenn Gegenstand der Verbandsklage auch Ansprüche oder Rechtsverhältnisse von kleinen Unternehmen sind. Entsprechender Angaben in der Klageschrift bedarf es deshalb nicht mehr.

Zu § 7 (Streitgenossenschaft)

Die Änderung dient der Klarstellung. Bei Erfüllung der allgemeinen Voraussetzungen der §§ 59 ff. ZPO soll eine Streitgenossenschaft sowohl auf Kläger- als auch auf Beklagtenseite zulässig sein. Die so angepasste Vorschrift stellt eine Konkretisierung des in § 13 Absatz 1 Satz 1 enthaltenen Globalverweises auf die allgemeinen Vorschriften der ZPO dar.

Zu § 8 (Sperrwirkung der Verbandsklage)

Abweichend von der für Musterfeststellungsklagen bisher geltenden Regelung soll künftig die erste bei Gericht anhängig werdende Verbandsklage alle weiteren Verbandsklagen sperren, deren Streitgegenstand denselben Lebenssachverhalt und dieselben Ansprüche oder dieselben Feststellungsziele betrifft. Für den Zeitpunkt der Anhängigkeit ist bei taggleich eingereichten Klagen der Zeitstempel maßgeblich.

Zu § 10 (Austritt aus dem Vergleich)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung. Es soll der Fehlschluss vermieden werden, das Entfallen der Bindung nach Absatz 2 Satz 1 setze eine lediglich fristgerechte, nicht aber auch formgerechte (§ 47 Absatz 3) Erklärung voraus.

Zu § 13 (Anwendung der Zivilprozessordnung)

Die Anpassung in Absatz 1 ist klarstellender Natur. Da das Verbandsklageverfahren im ersten Rechtszug vor den Oberlandesgerichten geführt wird, werden im Kontext des Verweises auf die ZPO die sonst für das Verfahren im ersten Rechtszug vor dem Landgericht geltenden allgemeinen Regelungen gesondert hervorgehoben und für entsprechend anwendbar erklärt. Mit der Änderung wird ein entsprechender Änderungsantrag des Bundesrats aufgegriffen.

Durch den Verweis auf die im ersten Rechtszug vor dem Landgericht geltenden Regelungen der ZPO (Buch 2, Abschnitt 1) ist im Übrigen klargestellt, dass sich auch die Zulässigkeit der Kombination von Musterfeststellungs- und Abhilfeträgen nach den allgemeinen Regelungen der in dem betreffenden Abschnitt enthaltenen §§ 260 ff. ZPO richtet.

Mit der Aufnahme von § 307 Satz 2 ZPO in Absatz 3 wird klargestellt, dass in Abweichung der allgemeinen Regelungen eine mündliche Verhandlung auch im Fall eines Anerkenntnisses durchzuführen ist. Diese Anpassung ist erforderlich, da die Frist für die Anmeldung und die Rücknahme derselben nach § 46 Absatz 1 Satz 1 an den Schluss der mündlichen Verhandlung anknüpft.

Die Anpassung in Absatz 4 steht im Zusammenhang mit der Änderung in § 46 Absatz 1 Satz 1 (vgl. zur Begründung dort). So ist sichergestellt, dass ein Urteil oder Abhilfegrundurteil nicht vor Ablauf der Frist für Anmeldung oder Rücknahme der Anmeldung ergehen kann. Damit die Parteien vor Ergehen eines Urteils oder Abhilfegrundurteils noch Kenntnis von der schlussendlich erreichten Zahl von Anmeldungen erlangen können, ist eine Verkündung des Urteils oder Abhilfegrundurteils nur nach Ablauf weiterer drei Wochen nach Ende der Frist für Anmeldung oder Rücknahme zulässig.

Zu § 15 (Gleichartigkeit der Verbraucheransprüche; Klageschrift)

Mit der Anpassung wird ein entsprechender Änderungsantrag des Bundesrats teilweise aufgegriffen. Einzelne Unterschiede zwischen den von einer Abhilfeklage betroffenen Ansprüchen sollen deren Durchsetzung in einem einheitlichem Verfahren nicht entgegenstehen, solange eine effektive Prozessführung gewahrt und die Bündelung daher prozessökonomisch sinnvoll bleibt. Die Formulierung „im Wesentlichen“ ist hinreichend offen, um zu im Einzelfall sachgerechten Ergebnissen zu gelangen.

Zu § 16 (Urteil und Abhilfegrundurteil)

Mit der Anpassung in Absatz 2 wird ein entsprechender Änderungsantrag des Bundesrats aufgegriffen. Es wird insofern noch deutlicher herausgestellt, dass eine Einschränkung des Berechtigungsnachweises auf die vom Gericht im Abhilfegrundurteil bezeichneten Möglichkeiten nur für das Umsetzungsverfahren im Rahmen der Abhilfeklage gilt. Wird die Berechtigung hiernach verneint, bleiben der Verbraucherin oder dem Verbraucher in einem Folgeverfahren nach § 39 alle alternativ dankbaren Nachweismöglichkeiten erhalten.

Mit der Anpassung in Absatz 4 wird den Parteien die Möglichkeit eröffnet, bei entsprechendem beiderseitigen Antrag unmittelbar ein Urteil im Sinne des § 300 ZPO zu erlangen, ohne dass zuvor ein Abhilfegrundurteil ergehen müsste. Das Gericht hat einem solchen übereinstimmenden Antrag der Parteien zu entsprechen, wenn auch aus seiner Sicht weitere Bemühungen um einen Vergleich nach § 17 Absatz 1 aussichtslos erscheinen. Dafür werden entsprechende Parteienanträge regelmäßig ein gewichtiges Indiz liefern. Nach Satz 2 setzt sich die Urteilsformel bei einem unmittelbar ergehenden regulären Urteil aus den sonst auf das Abhilfegrundurteil und das Abhilfeendurteil aufgeteilten Angaben nach Absatz 2 und § 18 Absatz 1 zusammen. Besonderheiten der Tenorierung in den Fällen des § 18 Absatz 2 und 3 gelten entsprechend.

Die Anpassung in Absatz 5 ist eine Folgeanpassung zum neu aufgenommenen Absatz 4.

Zu § 24 (Eröffnungsbeschluss)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu § 26 (Teilnahme am Umsetzungsverfahren)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung. Es soll der Fehlschluss vermieden werden, das Ausscheiden aus dem Verfahren setze eine lediglich fristgerechte, nicht aber auch formgerechte (§ 47 Absatz 1 und 2) Erklärung voraus.

Zu § 28 (Widerspruchsverfahren)

Durch die Anpassung in Absatz 2 wird klargestellt, dass die Frist für einen Widerspruch gegen die Entscheidung des Sachwalters mit Zugang dieser Entscheidung beim betroffenen Verbraucher bzw. beim Unternehmer zu laufen beginnt.

Die Streichung von Absatz 3 Satz 2 steht im Zusammenhang mit dem nunmehr in Absatz 4 neu vorgesehenen gerichtlichen Widerspruchsverfahren.

Dem betroffenen Verbraucher und dem Unternehmer wird mit Absatz 4 Satz 1 die Möglichkeit eingeräumt, gegen die Widerspruchsentscheidung des Sachwalters einen besonderen Rechtsbehelf zum Prozessgericht des Abhilfeverfahrens zu erheben, soweit sie durch die Widerspruchsentscheidung erstmals oder weiterhin beschwert sind. Das Gericht hat daraufhin selbst über den Widerspruch zu entscheiden. Seine Entscheidungskompetenz bleibt dabei auf die Reichweite des Widerspruchs beschränkt; es hat daher allein die Richtigkeit der Entscheidung des Sachwalters nachzuprüfen, also selbständig zu beurteilen, ob der betroffene Verbraucher die Voraussetzungen zur Teilnahme am Umsetzungsverfahren erfüllt (§ 26) und die im Abhilfegrundurteil zugelassenen Berechtigungsnachweise (§ 16 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2) vorgelegt hat. Alle weiteren Tatsachen- und Rechtsfragen, die den individuellen Anspruch des betroffenen Verbrauchers betreffen, sind erforderlichenfalls weiterhin in den nicht beim Prozessgericht des Abhilfeverfahrens, sondern nach den allgemeinen Regelungen bei den zuständigen Amts- oder Landgerichten zu führenden gerichtlichen Anschlussverfahren (§§ 39, 40) zu klären. Das betrifft insbesondere Fälle, in denen der betroffene Verbraucher seine Berechtigung nur mit alternativen, im Abhilfegrundurteil nicht zugelassenen Mitteln - etwa durch Zeugenbeweis - nachweisen kann oder der Unternehmer individuelle Einwendungen gegen den vom Verbraucher erhobenen Anspruch geltend gemacht. Das auf eine zügige abschließende Klärung angelegte besondere Widerspruchsverfahren nach Absatz 4 ist nicht geeignet, solche in den Anspruchsbeziehungen diverser Verbraucher zum verklagten Unternehmer auftretenden Besonderheiten abschließend zu klären.

Mit den weiteren Sätzen von Absatz 4 werden prozessuale Einzelheiten des gerichtlichen Widerspruchsverfahrens geregelt.

Zu § 29 (Zwangsmittel gegen den Unternehmer)

Die Anpassung greift eine entsprechende Änderungsbitte des Bundesrats auf und dient der Klarstellung. Zur Erzwingung von nicht vertretbaren Handlungen des Unternehmers soll der in der Vorschrift geregelte Mechanismus, insbesondere das Antragsrecht und die Verfahrensstellung des Sachwalters, erst recht zur Anwendung kommen. Die Auslegung der Vorschrift gerade auch im Verhältnis zum Verweis des § 13 Absatz 1 Satz 1 wird so erleichtert.

Zu § 38 (Insolvenzverfahren über das Vermögen des Unternehmers; Restrukturierung)

Die Aufgabe der Verwaltung und Verteilung der nach Absatz 3 Satz 1 eine Sondermasse bildenden Beträge soll vom Sachwalter wahrgenommen werden, der diese Aufgabe nicht mehr effektiv erfüllen kann, wenn zwischen ihm und dem Verwalter unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, ob die an den Sachwalter geleistete Zahlung anfechtungsfest ist. In einem solchen Fall wäre der Sachwalter zwar gehalten, den Anfechtungsanspruch im Interesse der Verbraucher abzuwehren, die zur Teilnahme am Verteilungsverfahren berechtigt sind. Allerdings lässt sich in einem solchen Fall nicht ausschließen, dass die Verteidigung schlussendlich nicht erfolgreich ist und dass infolge der dann gebotenen Erstattung der an den Sachwalter geflossenen Zahlung keine Beträge zur Erfüllung der Vergütungsansprüche des Sachwalters verbleiben. Der Sachwalter liefe also Gefahr, dass noch nicht einmal das in diesem Fall nicht unerhebliche Haftungsrisiko abgegolten wird. Wird er demgegenüber zum Sonderinsolvenzverwalter bestellt, ist gewährleistet, dass seine Tätigkeit und sein Haftungsrisiko vergütungsmäßig gedeckt werden.

Zu § 39 (Offene Verbraucheransprüche)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Ergänzung von § 28 Absatz 4. Das dort vorgesehene gerichtliche Widerspruchsverfahren stellt hinsichtlich der gerichtlichen Überprüfung der Sachwalterentscheidung das speziellere Verfahren dar. Das Prozessgericht soll im Rahmen dessen abschließend über die Richtigkeit der Sachwalterentscheidung befinden. In gerichtlichen Anschlussverfahren bei den Amts- und Landgerichten soll der betroffene Verbraucher Umstände, die sich allein auf die Richtigkeit der Entscheidung des Sachwalters im Rahmen von dessen Entscheidungskompetenz beziehen, daher nicht mehr vorbringen können.

Zu § 40 (Herausgabeanspruch des Unternehmers)

Bei der Anpassung in Absatz 1 handelt es sich um eine Folgeänderung zur Ergänzung von § 28 Absatz 4. Die Regelung vollzieht die spiegelbildliche Anpassung in § 39 nach.

Mit der Ergänzung von Absatz 2 Satz 3 wird eine besondere materielle Ausschlussfrist für den Herausgabeanspruch des Unternehmers geregelt. Verbraucherinnen und Verbraucher, die im Rahmen des Umsetzungsverfahrens eine Leistung erhalten haben, sollen nach Ablauf von neun Monaten Gewissheit darüber erlangen, ob sie diese endgültig behalten dürfen oder aber einer Rückforderung des Unternehmers wegen individueller Einwendungen ausgesetzt werden.

Zu § 44 (Bekanntmachung von Angaben zu Verbandsklagen)

Der Katalog der im Verbandsklageregister bekanntzumachenden Angaben ist zu erweitern.

Im Interesse der Übersichtlichkeit soll auch die Art der Verbandsklage (Abhilfeklage oder Musterfeststellungsklage) bekannt gemacht werden (Nummer 3). Damit das auf eine Verbandsklage anwendbare Recht (§ 46 EG-ZPO) aus dem Verbandsklageregister selbst heraus erkennbar wird, soll auch der Zeitpunkt der Anhängigkeit einer Klage bekannt gemacht werden; um die Verjährungshemmung ohne zusätzliche Angaben bereits aus dem Register selbst heraus berechnen zu können, soll dieses außerdem auch den Zeitpunkt der Rechtshängigkeit zu erkennen geben (Nummer 4). Schließlich sollen auch Beschlüsse über die Bestellung des Sachwalters sowie über dessen erfolgreiche Ablehnung oder Entlassung im Verbandsklageregister mit ihrem Inhalt bekannt gemacht werden (Nummer 14). Angemeldete Verbraucherinnen und Verbraucher, die ihre Berechtigung dem Sachwalter gegenüber nachweisen müssen, haben ein berechtigtes Interesse an diesen Informationen.

Zu § 45 (Veranlassung der Bekanntmachung durch das Gericht)

Es handelt sich um eine Folgeanpassung zu den Änderungen in § 44.

Auch die hiernach zusätzlich dem Bundesamt für Justiz zur Verfügung zu stellenden Angaben hat das Gericht so rechtzeitig zu übermitteln, dass sie unverzüglich im Sinne des § 43 Absatz 2 Satz 1 bekannt gemacht werden können. Für Terminbestimmungen gilt dies wegen der Zwei-Wochen-Frist des § 43 Absatz 2 Satz 2 in ganz besonderem Maße.

Zu § 46 (Anmeldung von Ansprüchen; Rücknahme der Anmeldung)

Eine Anmeldung und deren Rücknahme soll für Verbraucherinnen und Verbraucher bis drei Wochen nach dem Schluss der mündlichen Verhandlung möglich sein. Der Schluss der mündlichen Verhandlung (§ 130 Absatz 4 ZPO) wird für die Parteien sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher dadurch ersichtlich, dass das Gericht nach § 310 Absatz 1 ZPO einen Termin zur Urteilsverkündung bestimmt. Durch § 13 Absatz 4 ist gewährleistet, dass eine solche Terminbestimmung immer zu erfolgen hat. Da danach ein Urteil vor Ablauf von sechs Wochen nach dem Schluss der mündlichen Verhandlung ausgeschlossen ist, kann ein solches nicht unmittelbar zum Schluss der mündlichen Verhandlung ergehen. Wird die mündliche Verhandlung trotz Verkündungstermins wiedereröffnet, ist die Frist des Absatz 1 tatsächlich nicht abgelaufen und bleiben Anmeldungen und Rücknahmen bis um tatsächlichen Schluss der mündlichen Verhandlung zulässig.

Die Anpassung in Absatz 2 steht im Zusammenhang mit der Änderung in § 5 Absatz 1. Erfolgt die Anmeldung als kleines Unternehmen im Sinne des § 1 Absatz 2, so ist dies bei der Anmeldung anzugeben. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass das Gericht Kenntnis davon erlangt, wenn Gegenstand der Verbandsklage auch Ansprüche oder Rechtsverhältnisse von kleinen Unternehmen sind. Diese Kenntnis kann für eine ordnungsgemäße Verfahrensführung sowie für Umfang und Strukturierung der Prüfung der mit einer Verbandsklage geltend gemachten Ansprüche bzw. der von ihr aufgeworfenen Tatsachen- und Rechtsfragen wichtig sein.

Zu § 48 (Einsichtnahme und Auskunft)

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen an die im Übrigen im Gesetz verwendete Terminologie. Der Anspruch angemeldeter Verbraucher auf einen schriftlichen Auszug nach Absatz 3 lässt den Auskunftsanspruch nach Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung unberührt.

Zu § 50 (Evaluierung)

Da mit dem Gesetz eine gänzlich neue zivilprozessuale Klageart eingeführt wird, ist das Gesetz ungeachtet der von der Europäischen Kommission nach Artikel 23 der Verbandsklagenrichtlinie vorzulegenden Evaluierung der Richtlinie auch national zu evaluieren. Wesentlicher Gegenstand der Evaluierung sollen insbesondere die Regelungen über den Sachwalter, über die Frist zur Anmeldung sowie zur Verjährungshemmung sein. Die Frist von fünf Jahren ist erforderlich, damit zum Zeitpunkt der Evaluierung überhaupt erste Erfahrungen mit den Regelungen ausgewertet werden können.

Zu Artikel 2 (Änderung der Musterfeststellungsklagenregister-Verordnung)**Zu Nummer 1 (Überschrift)**

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung. Die bisher vorgesehene Abkürzung ist bereits vergeben.

Zu Nummer 3, Buchstabe b und c (§ 2 Absatz 2 und 3)

Mit der Anpassung in Absatz 2 wird die Möglichkeit geschaffen, dass die Gerichte die bekannt zu machenden Angaben zunächst auch noch im PDF-Format übermitteln können.

Der bisherige Absatz 3 der Vorschrift kann entfallen, da der Austritt aus dem Vergleich nach den künftigen Regelungen über die Verbandsklage nicht mehr gegenüber dem Gericht, sondern unmittelbar beim Bundesamt für Justiz zu erklären ist (§ 10 Absatz 1 VDuG).

Zu Nummer 6 (§ 4a)

Die Regelung ist erforderlich, da der Austritt aus einem Vergleich anders als bisher bei der Musterfeststellungsklage nicht mehr gegenüber dem Gericht, sondern gegenüber dem Bundesamt für Justiz zu erklären ist. Im Gleichlauf mit §§ 3, 4 werden daher ergänzende Regelungen zu § 10 VDuG neu in die Verbandsklageregisterverordnung aufgenommen.

Zu Nummer 7, Buchstabe b (§ 6 Absatz 1)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung an die durch § 43 Absatz 1 VDuG vorgegebene Begrifflichkeit.

Zu Artikel 4 (Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung)

Die Anpassung trägt dem zeitlichen Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens Rechnung.

Zu Artikel 7 (Änderung des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes)

Mit der Anpassung wird die Geltungsdauer des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes um acht Monate bis zum 31. August 2024 verlängert, um einen angemessenen Zeitraum für eine zügige Reform des Gesetzes zu gewährleisten.

Zu Artikel 9 (Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche)

Die Anpassung trägt dem zeitlichen Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens Rechnung.

Zu Artikel 22 (Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen)**Zu Nummer 2**

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der mit diesem Gesetz bewirkten Streichung von § 204 Absatz 2 Satz 2 BGB.

Zu Artikel 25 (Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes)

Es wird lediglich das Eingangszitat angepasst.

Zu Artikel 29 (Änderung des Gerichtskostengesetzes)**Zu Nummer 6**

Der Streitwertdeckel für Abhilfeklagen wird auf 300 000 Euro abgesenkt. Die Regelung nimmt Anleihen bei der etablierten Rechtsprechung, wonach zwischen einem Antrag unmittelbar auf Leistung und einem Antrag auf bloße

Feststellung des entsprechenden Anspruchs regelmäßig ein Abschlag von 20 Prozent auf den Streitwert vorzunehmen ist.

Zu Artikel 30 (Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes)

Zu Nummer 5

Es wird ein Schreibversehen behoben.

Zu Artikel 31 (Inkrafttreten)

Die Anpassung trägt als Folgeanpassung dem Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens Rechnung.

Berlin, den 5. Juli 2023

Luiza Licina-Bode
Berichterstatlerin

Dr. Martin Plum
Berichterstatter

Dr. Till Steffen
Berichterstatter

Katrin Helling-Plahr
Berichterstatlerin

Tobias Matthias Peterka
Berichterstatter

Clara Bünger
Berichterstatlerin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt